Einzelpreis 80 Mark

Halle, Donnerstag, den 8. Februar

Jahrg. 1923 • Nr. 33

Schriftleitung Harz 42-44
Fernruf Nr. 4667
Das „Volksblatt" erscheint mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage mit dem täglichen Unterhaltungsteil sowie den Beilagen „Für die Frauen" und „Für die arbeitende Jugend". Unverlangt eingesandte Manuskripte ist stets das Rückporto beizufügen. Sprechst. der Redaktion mittags von 12 bis 1 Uhr. Das „Volksblatt" ist das Publikationsorgan der genossenschaftlichen u. gewerkschaftl. Organisat. u. amtl. Organe verschied. Behörden

Volksblatt

Tageszeitung der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Hauptgeschäftsstelle: Harz 42-44. Fernruf 4605. Buchhandlung u. Anzeigenannahme: Gr. Ulrichstr. 27. Postscheckkonto Nr. 20316 Erfurt. Bezugspreis für Februar: wöchentl. 400 Mk., monatl. 1600 Mk. inklusive Zustellungs-Gebühr. Für Selbstabholer 380.— Mk wöchentl. bezw. 1520 Mk monatlich. Durch die Post bezogen monatl. 1600 Mk. Anzeigenpreise: Die 10 gespaltene Millimeterzeile 60 Mk., als Reklame im Textteil 200 Mk. Anzeigenannahme bis 9 Uhr vormittags für die lfde. Nr.

Keine Kommunalwahlen im Frühjahr.

Berlin, 8. Februar.

Der Ausschuß des Preußischen Landtags zur Beratung der Städte- und Landgemeindeordnung hat jetzt seine Beratungen aufgenommen. Vor Eintritt in die Beratung der beiden Gesetzentwürfe erörterte der Ausschuß die Frage, ob noch in diesem Frühjahr die Neuwahl zu den Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen stattfinden solle. Der Minister des Innern, Genosse Severing, hat vor Wochen im Hauptausschuß als auch im Plenum des Landtags die Erklärung abgegeben, daß, **wenn die neue Gemeindeverfassung nicht so zeitig verabschiedet werden könne, auf Grund eines Notgesetzes noch im Frühjahr 1923 die Wahl stattfinden solle.** Im Ausschuß erklärte jetzt der Vertreter der Staatsregierung, daß seit diesem Versprechen die politische Lage durch die Besetzung des Ruhrgebietes sich wesentlich verändert habe. **Die Staatsregierung halte es nicht für ratsam, Neuwahlen vornehmen zu lassen, wenn große Bezirke des Staatsgebietes unter der Herrschaft des fremden Militarismus stehen.** Auch in Oberschlesien und Ostpreußen seien die Verhältnisse noch so, daß sie zu kommunalen Neuwahlen nicht ermutigen. Die Kommunisten und die Deutschnationalen traten für Neuwahlen ein. Aus ihren Argumenten klang nur zu deutlich heraus, daß lediglich parteipolitische Gründe ihre Haltung bestimmen. Die sozialdemokratischen Vertreter erklärten, daß **sie bisher energisch für Neuwahlen** im Frühjahr eingetreten seien, aber doch die **Beweggründe der Regierung anerkennen müßten. Die Volkspartei** war für Wahlen schon im Frühjahr. **Zentrumsvertreter aus dem besetzten Gebiet warnten dringend davor, bei den jetzigen Zuständen Neuwahlen vorzunehmen, auch nicht im unbesetzten Gebiet.** Der Sprecher der Demokraten gab die Erklärung ab, daß seine Partei damit einverstanden sei, **die Neuwahlen hinauszuschieben, wenn eine dahingehende Verständigung zwischen allen Parteien zustande käme.** Andererseits würden die Demokraten sich für die Wahlen schon im Frühjahr aussprechen. Der Ausschuß beschloß schließlich, die Entscheidung über die Frage der Neuwahlen zu vertagen, bis die Lage im Ruhrgebiete besser zu übersehen sei. In der allgemeinen Aussprache spielte dann die Hauptrolle die Frage, ob es richtiger sei, erst die Städte- und Landgemeindeordnung zu schaffen, oder ob nicht erst die Reform der allgemeinen Staatsverwaltung als Rahmen für das ganze Selbstverwaltungswerk durchgeführt werden muß. Die Debatte darüber kam nicht zum Abschluß und wird Mittwoch fortgesetzt werden.

*

Die Einerseits-Andererseits-Haltung der Demokraten in der Frage des Termins der Kommunalwahlen ist ein Zeichen dafür, daß die Demokraten dem Vorschlag der Regierung, wenn auch nur in verklausulierter Form, zustimmen werden. Die Demokraten haben die größte Sorge vor Neuwahlen, und es war einer ihrer hervorragendsten Vertreter, der Reichstagsabgeordnete Prof. Preuß, der einem sozialdemokratischen Kollegen gegenüber einmal erklärte: „Warum wollen Sie Neuwahlen? Die Sozialdemokratie kann gar nicht soviel Stimmen gewinnen, wie die Demokraten verlieren." Die Demokraten haben in den Gemeinden nicht weniger abgewirtschaftet als in den Ländern und im Reich. Der Halle-Merseburger Bezirk mit Halle an der Spitze ist ein Schulbeispiel für die Richtigkeit unserer Behauptung. Die Demokraten haben also gar keine Ursache, Kommunalwahlen zu wünschen, aus denen sie mit einer großen Niederlage hervorgehen würden. Damit ist die Frage, ob im Frühjahr Wahlen stattfinden, bereits entschieden.

Es unterliegt heute keinem Zweifel, daß die ursprünglich für das Frühjahr vorgesehenen Kommunalwahlen mit Rücksicht auf die Besetzung des Ruhrgebietes, die Gefahr weiterer Besetzungen und die Möglichkeit tiefer Eingriffe in das Wirtschafts-, Finanz- und Verwaltungsleben des übrigen Deutschland auf einen heute noch unbestimmten Termin verschoben werden. So sehr wir das bedauern, so sehr scheint es uns doch im Staatsinteresse zu liegen und darum notwendig zu sein.

Wir erwarten jedoch, daß durch die Verschiebung der Wahlen sowohl die Reform der allgemeinen Staatsverwaltung wie auch die Schaffung der neuen Städte- und Landgemeindeordnung keine Verzögerung erleiden.

„Friedliche Aktion."

Mit aufgepflanztem Seitengewehr und Tanks gegen Hunger.

Recklinghausen, 8. Februar. Das WTB. verbreitet folgende Drahtmeldung: Als gestern abend die Bevölkerung sich auf dem Marktplatz versammelte und dabei patriotische Lieder sang, wurde der Platz durch französische Tanks gesäubert. Patrouillen mit aufgepflanztem Seitengewehr trieben die Bevölkerung mit Kolbenschlägen aus den zuführenden Straßen in die Mitte des Marktplatzes. In eine nahe dem Marktplatz gelegene Gastwirtschaft drangen französische Offiziere mit Reitpeitschen auf die Gäste ein und sagten sie auf die Straße, wo sie mit Reitpeitschen auseinandergetrieben wurden. Darauf begaben sich dieselben Offiziere ins Stadttheater, **wo sie die Vorstellung durch Absingen der französischen Nationalhymne** störten, auf das Publikum einschlugen und es aus dem Hause trieben. — Wegen der Verhaftung von Schupobeamten, die sich weigerten, die französischen Offiziere zu grüßen, wurde gestern ein 24stündiger Proststreik beschlossen, der von heute früh an in Kraft trat. Alle Verwaltungsstellen der preußischen Staatsbergwerke in Westfalen haben eine Erklärung erlassen, in der sie nochmals gegen die Verurteilung ihres Präsidenten Raiffeisen und dessen Auslieferung protestieren.

*

Ueber die Vorgeschichte der Vorfälle in Recklinghausen meldet die „Vossische Zeitung", daß durch umfangreiche Käufe der französischen Soldaten in den Lebensmittelgeschäften unter der Arbeiterbevölkerung eine große Erregung entstanden sei. In einem Schreiben der Ortsgruppe Recklinghausen der Eisenbahnergewerkschaft heißt es: Die Besatzung kauft uns völlig aus, so daß wir dem Elend verfallen müssen. Die Kaufleute sahen sich schließlich gezwungen, an die Franzosen keine Lebensmittel mehr abzugeben. Daraufhin wurde gestern mittag von dem französischen Kommandanten die vollständige Schließung aller Geschäfte angeordnet. Dies führte dazu, daß sich die vom Hunger bedrohte Bevölkerung auf den Straßen ansammelte und ihrer Empörung Ausdruck gab. Daraufhin setzte das gemeldete Vorgehen der Besatzungsbehörde mit Truppen mit aufgepflanztem Seitengewehr und mit Tanks gegen die wehrlose Menge ein.

Der Bergarbeiterverband an Degoutte.

Aus Anlaß der Erschießung des Bergmanns Wilhelm Haumann aus Brechten, der Mitglied des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands ist, sandte der Vorstand am 5. Februar 1923 folgenden Protest an General Degoutte in Düsseldorf:

„Am Donnerstag, dem 1. Februar 1923, ist das Mitglied unserer Organisation, der Bergmann Wilhelm Haumann in Brechten bei Dortmund, auf dem Wege zur Arbeit von einem französischen Posten ohne jeden Grund erschossen worden. Es ist nicht der erste Fall, wo friedlich ihres Weges gehende deutsche Arbeiter von französischen Soldaten angeschossen oder erschossen worden sind. Voller Empörung erheben wir Protest gegen die Ermordung friedliebender deutscher Bürger durch französische Soldaten.

Wir ersuchen dringend, dafür zu sorgen, daß die Arbeiter ihrer Arbeit nachgehen können, ohne befürchten zu müssen, erschossen zu werden.

Der Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands.

Das veränderte Bild.

Es ist notwendig, die Dinge so zu sehen, wie sie sind. Nichts spielt im Leben der Völker eine so schlimme Rolle als entstellende Hoffnungen. Die französische Regierung ist augenblicklich bemüht, dem französischen Volk Sand in die Augen zu streuen. Sie läßt den Wirtschaftssachverständigen le Troquer befriedigt aus Düsseldorf zurückkehren. Sie versucht Hoffnungen auf einen häuslichen Streit zwischen den deutschen Parteien zu wecken. Sie läßt Kohlenzüge aus dem Saargebiet unter der Devise Ruhrkohle auf französisches Gebiet fahren. Dabei beutet der häufige Besuch der französischen Sachverständigen im Gebiet des Wirtschaftskampfes darauf hin, daß die französische Regierung mit den bisher erzielten Resultaten alles andere als zufrieden ist. Es wird aber gut sein, die bisher erzielten Erfolge nicht zu überschätzen und nicht in den Fehler der französischen Regierung zu fallen.

Als sich die Dinge nach dem Einbruch in das Ruhrgebiet übersehen ließen, gab man das Stichwort aus, mit den Kräften hauszuhalten und nur da in den Streik zu treten, wo es die Abwehraktion unbedingt erforderte. Das war ohne Zweifel eine Politik, die man unterschreiben konnte. Sie hat sich in den ersten Wochen bewährt und kann zum Teil auch heute noch mit Erfolg angewendet werden. Infolge der Gegenzüge der Franzosen stehen wir heute jedoch auf einzelnen Gebieten einem veränderten Bild gegenüber. Die Rheinschiffahrt mußte gänzlich stillgelegt werden, da die Besatzungsbehörden den Frachtraum für sich in Anspruch zu nehmen drohten. Aehnlich verhält es sich auf den Strecken der Eisenbahndirektionen Ludwigshafen, Mainz, Trier und Köln (soweit der Bezirk Köln nicht in die englische Zone fällt). In Baden hat die Besetzung von Offenburg und Appenweier die Wirkung gehabt, daß das badische Bahnnetz und damit auch der badische Wirtschaftskörper in zwei nicht mehr direkt zusammenhängende Teile zerschnitten wurde. Im Ruhrgebiet wird der Bahnverkehr zwar zum Teil noch aufrechterhalten, aber der Verkehr selbst wird durch die Verstopfung der Bahnhöfe immer illusorischer. Die Kohle, die nicht mehr in nennenswertem Umfange abtransportiert und kaum noch auf Halde gestürzt werden kann, wird in Zukunft nur noch in immer beschränkterem Umfange zutage gefördert werden können. Daß diese Zustände auch auf die anderen Industriezweige ihre Wirkung ausüben, ist sehr verständlich. Damit gleiten wir allmählich in einen Zustand hinein, vor dem die Regierung wohlweislich gewarnt hat. Wir gehen einer Art ungewolltem Generalstreik entgegen. Berücksichtigt man ferner, daß Frankreich beabsichtigt, die Ausfuhr sämtlicher Industrieprodukte aus dem besetzten in das unbesetzte Deutschland zu unterbinden, so ergibt sich, daß wir vor einer effektiven Blockade stehen. Demgegenüber dürfte die Parole von der passiven Resistenz auf die Dauer nicht mehr genügen. Es wird Sache der Gewerkschaften und der Regierung sein, Mittel zu finden, die auch den neuen Hieb Frankreichs parieren.

Ruhrbesetzung und Sozialpolitik.

Von Alexander Knoll,
Sekretär des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Als seinerzeit in Deutschland die einzelnen Bestimmungen des Versailler Friedensdiktats näher bekannt wurden, klang das Urteil der sozialpolitisch urteilsfähigen Kreise allgemein dahin aus: „Das ist ein Frieden gegen den Sozialismus!" — Die späteren Tatsachen und Vorgänge haben bestätigt, daß dieses Urteil zutreffend war; denn alle Bestrebungen zur Sozialisierung einzelner Wirtschaftszweige sind schließlich an den Bedingungen und Auswirkungen dieses Friedensdiktates gescheitert.

Durch die Ruhrbesetzung sind aber neue, noch schlimmere Gefahren für die deutsche Arbeiterschaft nahegerückt. Gefahren, von denen in weiterer Folge die Arbeiterschaft der ganzen Welt bedroht ist. Handelte es sich bei der Sozialisierung immerhin noch um ein Zukunftsproblem, wenn auch einer scheinbar nahen Zukunft, so sind durch die Ruhrbesetzung und die damit verbundenen Absichten des französischen Imperialismus alle gegenwärtigen sozialpolitischen Errungenschaften der deutschen Arbeiterschaft unmittelbar bedroht; alles, was sie in jahrzehntelangen, opfervollen Kämpfen auf diesem Gebiete erreicht hat, steht vor der Gefahr, restlos vernichtet zu werden — in erster Linie der Achtstundentag! Alle sozialpolitischen Fortschritte und Einrichtungen sind ebenso in Frage gestellt.

Nun das zu verstehen, müssen wir uns ganz kurz mit Geist und Sinn des Versailler Friedensdokuments vertraut machen, insbesondere mit den französischen Aspirationen. Es herrscht leider auch in der deutschen Arbeiterschaft in dieser Hinsicht noch eine geradezu unglaubliche Unklarheit und Unkenntnis. Man kann gewiß der Meinung sein, daß gewisse deutsche Kreise weit mehr zu den Kriegslasten hätten heranzuziehen werden können, als es geschehen ist. Aber grundsätzlich ist anzunehmen, daß damit die französischen Pläne irgendwie hätten beeinträchtigt oder gar vereitelt werden können! Selbst wenn Deutschland noch unendlich viel mehr an Reparationen geleistet hätte, als es geleistet hat, so hätte das Instrument von Versailles den französischen Imperialisten doch die erwünschte und gewollte Veranlassung geboten, deutsche „Verfehlungen" festzustellen. Und so wenig der Vorwurf des Friedensdokumentes den Franzosen ein Recht zu den jetzt ergriffenen Maßnahmen gewährt, so wenig sie ein Recht zur Besetzung von Düsseldorf und den übrigen bisherigen Sanktionen hatten und es dennoch ausgeübt haben, indem sie sich dieses „Recht" einfach selbst zuerkannten — so wenig hätten sie sich auch in jedem anderen Falle von ihrem Vorhaben abbringen lassen. Da sie Ankläger, Richter und Vollstrecker alles in einer Person zu sein sich anmaßen, so lassen sie sich durch die Spinnwebfäden vertraglicher oder völkerrechtlicher Erwägungen von ihrem Vorhaben nicht abbringen. Gestützt auf die größte Militärmacht, die die Welt in Friedenszeiten je gesehen hat, glauben die französischen Machthaber dem moralischen Urteil aller Welt trotzen zu können. Sie rechnen dabei auf die politische Erfahrungstatsache, daß in der Politik immer nur der Erfolg entscheidet und daß die Welt sich auch mit dem von ihnen angestrebten Erfolg abfindet, wenn er einmal eingetreten sein wird . . .

Die französischen Machthaber wollen gar nicht, daß Deutschland erfüllt — und wenn es das nach unserem Gutmeinen getan hätte, dann würden sie noch immer „nachweisen", daß es nicht geschehen ist. Es ist das auch gar nicht so sehr schwer, weil Deutschland gezwungen worden ist, absolut unerfüllbare Bedingungen zu unterschreiben. Diese unerfüllbaren Bedingungen sind das Mittel, das es Frankreich ermöglichen soll, sein bis heute noch nicht aufgegebenes Kriegsziel zu erreichen: die Annexion des linken Rheinufers! Es will außerdem die deutsche Steinkohlen-Produktion seiner eigenen Eisenindustrie dauernd dienstbar machen — auf Kosten der deutschen Eisenindustrie. Dazu muß es die Kokserzeugung des Ruhreviers fest in seine Hand bekommen und nach eigenem Ermessen darüber verfügen können.

Das ist der Sinn des französischen Vorgehens an der Ruhr. Wenn Frankreich dieses Ziel erreicht, dann ist Deutschlands Wirtschaftsleben endgültig zerschlagen! Schon durch die bisherigen Amputationen ist seine Lebensfähigkeit beschnitten und verkümmert. Selbst wenn die Ruhrbesetzung nicht hinzugekommen wäre, wäre es ausgeschlossen, daß die deutsche Wirtschaft ihre frühere Höhe und Bedeutung wiedererlangt. Geht nun aber noch das linke Rheinufer verloren und gelingt es Frankreich wirklich, sich die Ruhrkohlen-Produktion dienstbar zu machen, dann ist der wirtschaftliche Zusammenbruch Deutschlands ein vollständiger und absoluter. Der Vorstoß der Franzosen an der Ruhr ist im furchtbarsten Sinne des Wortes ein Stoß in das Herz Deutschlands! Hat dieser Stoß den von Frankreich angestrebten Erfolg, dann ist auf einen Schlag Deutschland ein im vollsten Sinne des Wortes übervölkertes Land. Es müssen sich dann automatisch alle die Folgerscheinungen einstellen, die eine Massenübervölkerung naturnotwendig zur Folge hat.

In sozialpolitisch urteilsfähige Sozialpolitik nur auf dem Boden einer gesunden Wirtschaft möglich ist, nicht bestehen. Krankt die Wirtschaft ständig und geht sie mehr und mehr zurück, so muß das nicht zuletzt auch die Sozialpolitik nachteilig beeinflussen. Die Wahrheit dieses Satzes erkennen wir täglich in immer erschreckenderem Maße. Unsere Wirtschaft zehrt sich selbst auf — die Folge ist, daß alle sozialpolitischen Einrichtungen zusammen eintrocknen. Der Nährboden, auf dem sie sich bisher entwickelt haben, wird vollkommen ausgesogen. Beweis: die Krankenkassen vermögen trotz höchstgesteigerter Beiträge ihre Aufgaben nicht mehr zu erfüllen; die übrigen sozialpolitischen Versicherungszweige verdorren mehr und mehr. Die Unterstützungen der Erwerbslosen reichen kaum zu, um trockenes Brot

Vormittag 10 Uhr: Dollar 37000

Tendenz ruhig.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219230208-12/fragment/page=0001

zu kaufen; auf alles andere, was zum Leben notwendig ist, müssen die Unglücklichen, die auf irgendeine der sozialen Fürsorgeeinrichtungen angewiesen sind, verzichten. Noch schlimmer steht es um die großen Kreise der Aermsten, die auf die öffentliche oder private Wohlfahrtspflege angewiesen sind. Und schrumpft nicht auch das Einkommen derjenigen, die noch so glücklich sind, arbeiten zu können, täglich, stündlich zusammen? Muß nicht der hochqualifizierte Arbeiter, der vor dem Kriege wöchentlich 10 Dollar verdiente, heute mit einem Wochen-„Verdienst" von 60 bis 75 Cents sich durchhungern? Gewiß brauchte es zu letzterer Hinsicht nicht überall so zuständlich schlimm zu stehen — aber selbst der glühendste Phantast wagt nicht zu behaupten, daß es möglich wäre, heute auch nur annähernd die Friedensparität der Löhne herzustellen. Und dieser Prozeß der Entwertung aller unserer Leistungen und Einkünfte macht täglich, stündlich weitere rasende Fortschritte. Die Notenpresse vermag den Bedarf an Zahlungsmitteln kaum noch zu decken — und je mehr sie diese Leistungen dem Bedarf anpaßt, um so schneller schreitet der Entwertungsprozeß fort . . .

Wie soll es unter solchen Umständen möglich sein, unsere sozialpolitischen Errungenschaften aufrechtzuerhalten? Und nun stehen wir vor der unbedingten Gewißheit, daß die Zahl unserer Arbeitslosen ins Ungeheure und Ungemessene steigen muß — wenn der französischen Regierung ihr Vorhaben an der Ruhr gelingt! Auf der anderen Seite aber erscheint absolut ausgeschlossen, diesen Hunderttausenden die nötigen Mittel zu gewähren, um sie vor dem platten Verhungern zu bewahren. Gewiß kann die Notenpresse noch „produktiver" gestaltet werden — mit der Wirkung, wie wir sie in Oesterreich und noch mehr in Rußland erblicken. Und unsere bange Sorge ist: Können die deutschen Gewerkschaften, kann die deutsche Arbeiterschaft unter solchen Umständen den Achtstundentag noch weiterhin wirksam verteidigen? All das Gerede und Geschreibe um den Achtstundentag, das wir bis jetzt in Deutschland gehabt haben, bedeutet im Ernst keine Gefahr für ihn. Es hat schon immer in Deutschland Leute gegeben, die in jeder Arbeitszeitverkürzung eine „Gefahr" erblickt haben. Sie haben es nicht verhindern können, daß die deutschen Gewerkschaften den Achtstundentag als erste für ihr ganzes Land errungen haben. Und sie werden — unter wirtschaftlich gesunden Verhältnissen! — den Achtstundentag solange haben, als sie ihn selber nicht preisgeben! Aber: unter wirtschaftlich gesunden Verhältnissen! Darauf kommt es an.

Der Kampf an der Ruhr, den jetzt die deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten gegen den französischen Imperialismus führen, ist ein Kampf um Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes, von dem die Arbeitnehmerschaft neun Zehntel darstellt. Um Sein oder Nichtsein und damit auch um all das, was die organisierten deutschen Arbeitnehmer in einem halben Jahrhundert zähen, opfervollen Kampfes auf wirtschaftlichen, sozialen und allgemein kulturellen Gebiet sich selbst geschaffen, den besitzenden und herrschenden Gewalten abgerungen haben.

Patriotismus und Profit.

Verkauf deutscher Patente an den „Erbfeind".

Paris, 7. Februar. (WTB.) Der Kammer lag gestern nachmittag ein Gesetzentwurf vor, der die Zustimmung des Hauses zu einer Konvention, betreffend die Fabrikation von synthetischem Ammoniak vorsieht. Der Berichterstatter, Abgeordneter Lebouca, führte aus, daß der Entwurf sowohl die Ratifikation der mit der Badischen Anilin- und Sodafabrik abgeschlossenen Konvention, als auch die Organisation von Fabrikationszentren für synthetischen Ammoniak in Frankreich zum Ziele habe. Wenn man dem Verbrauch von Elsaß-Lothringen Rechnung trage, müsse eine Erhöhung von mindestens 50 Prozent, gleich 110 000 Tonnen Stickstoff gegenüber dem Verbrauch Frankreichs vor dem Kriege in Aussicht genommen werden. Im Vergleich zu dem deutschen Verbrauch seien diese Ziffern sehr bescheiden. Der Stickstoff sei aber auch ein wesentliches Element der nationalen Sicherheit, da er als Grundstoff für Pulver und Explosivkörper diene. Der Bericht fordert, daß die Badische Anilin- und Sodafabrik ermächtigt werde, die am 11. November 1919 unterzeichnete Konvention durchzuführen.

Im weiteren Verlauf der Nachmittagssitzung der Kammer führte Berichterstatter Abg. Lebouca über den Gesetzentwurf betreffend die Fabrikation von synthetischem Ammoniak im einzelnen aus, daß das in der Konvention vom 11. November 1919 von den Badischen Anilinfabriken übernommene Haberische Verfahren durch Konzession einer Gesellschaft übertragen werden soll. Hauptaktionär der für 99 Jahre errichteten Gesellschaft ist der Staat. Er bringt 5 Millionen Frank und als Betriebsanlage die Pulverfabriken von Toulouse ein, für die jährlich 500 000 Frank Miete und eine Beteiligung von 10 Prozent am Gewinnüberschuß gezahlt werden sollen. Der Staat übernimmt 256 000 von insgesamt 300 000 Aktien gleich 25 Millionen Frank.

Dem Berichterstatter trat der Abg. Prevet entgegen, der die Vertagung des Gesetzentwurfs verlangte mit der Begründung, daß in Wirklichkeit doch nur das Haberische Verfahren ausgebeutet werde und daß die Deutschen mit ihrer „Doppelzüngigkeit" den Franzosen die Resultate gefälschter Experimente übermitteln und sie wie gewöhnlich täuschen würden.

Demgegenüber erklärte der frühere Kriegsminister Abg. André Lefèvre, er habe in seiner damaligen Eigenschaft als Minister die Verantwortung für die Zahlung von 1½ Millionen Frank an die Badischen Anilinfabriken übernommen. Man möge ihm nicht mehr von der Nationalität dieses oder jenes Verfahrens reden. Im Kriege habe man französischerseits das Haberische Verfahren genau so gut wie sonst bekommen, denn ohne dieses Verfahren hätte Deutschland den Krieg nicht mit der bekannten Intensität führen können. Der ehemalige Minister beruhigte den Abg. Prevet durch eine Darstellung der den Badischen Anilinfabriken gegenüber ausgemachten Garantien, worauf dieser seinen Vertagungsantrag zurückzog. Die Fortsetzung der Debatte wurde sodann auf Donnerstag vertagt.

*

Ueber den Vertrag zwischen der Badischen Anilin- und Sodafabrik und der französischen Regierung sind in den letzten Tagen durch die Handelspresse Einzelheiten bekanntgeworden, die das lebhafteste Interesse der gesamten Oeffentlichkeit beanspruchen. Es handelt sich hier um nicht weniger als um den Verkauf wichtigster chemischer Patente, die wirtschaftlich und militärisch für Frankreich von außerordentlicher Bedeutung sind. Wie die „Metallbörse" mitteilt, bietet die Badische Anilin- und Sodafabrik unabhängig von allen durch den Friedensvertrag Frankreich zugestandenen Rechten und unbeschadet ihrer eigenen Rechte ihre „freiwillige Beihilfe" an. Sie verpflichtet sich zur Mitteilung aller zur Fabrikation nötigen Angaben und Einzelheiten der Verfahren, deren Anwendungen und Kontrollmaßnahmen zwecks Erzielung der günstigsten Resultate. Alle dahin gehörigen Patente und Lizenzen tritt sie gänzlich und ausschließlich an Frankreich ab und stellt zur Ausführung ihre persönliche Unterstützung zur Verfügung, wenn dies verlangt werden sollte.

Die französischen Ingenieure haben ungehinderten Zutritt zu den Werken der Badischen Anilin- und Sodafabrik, welche ihnen während der Dauer des Vertrages von allen in ihrem Betriebe eingeführten Verbesserungen Kenntnis gibt. Außerdem verpflichtet sie sich, jede Konkurrenz mit den nach ihrem Verfahren hergestellten Produkten in Frankreich, den französischen Kolonien und in den Ländern unter französischem Protektorat zu unterlassen. Zur Entschädigung ihrer „freiwilligen Unterstützung" gewährt Frankreich der Badischen Anilin- und Sodafabrik gewissermaßen als Bauleitergebühren 5 Millionen Frank und außerdem ein Anrecht auf eine Gewinnbeteiligung von zwei bis vier Prozent. Das bei Toulouse zu errichtende Werk wird gemäß des Vertrages von deutschen Ingenieuren der Badischen Anilin- und Sodafabrik gebaut und auf eine tägliche Produktion von 100 Tonnen eingestellt werden. Die Gültigkeitsdauer des Abkommens ist auf 15 Jahre festgesetzt worden.

Soweit die Einzelheiten des Vertrages wie sie von der Fachpresse mitgeteilt werden. Aus dem Bericht über die Verhandlungen in der französischen Kammer geht hervor, daß auf französischer Seite die Vorteile dieses Vertrages sehr wohl gewürdigt und insbesondere seine militärische Bedeutung für Frankreich in den Vordergrund gerückt wird. Diese Tatsache verdient besonders in dem jetzigen Augenblick hervorgehoben zu werden, wo die deutsche kapitalistische Presse sich in radaupatriotischen Tönen überschlägt und in heftigster Weise gegen ganz Frankreich hetzt. Dieser Patriotismus der Prozentpatrioten wird durch den Vertrag der Badischen Anilin- und Sodafabrik, die sonst jeden ihrer Angestellten sofort ins Zuchthaus bringen läßt, wenn er auch nur das geringste von ihrem Verfahren an die Konkurrenz mitteilt, grell beleuchtet. Nicht minder interessant ist es, daß in den letzten Tagen, nach Bekanntgabe der Einzelheiten des Vertrages, die Aktienkurse der Badischen Anilin- und Sodafabrik sowie anderer chemischer Fabriken fast auf das Doppelte gestiegen sind. „Erbfeind" hin, „Erbfeind" her — in Fragen des Profits schlägt das Kapital jeden Rekord der „Vaterlandslosigkeit"!

Verfahren gegen Eberlein? Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik wird sich wahrscheinlich schon in nächster Zeit mit einem Verfahren gegen den kommunistischen Landtagsabgeordneten Eberlein wegen seiner Märzaktion in Mitteldeutschland zu befassen haben. Der Preußische Landtag hatte bekanntlich seinerzeit Eberleins Immunität aufgehoben, worauf er nach Rußland floh und erst nach Wiederherstellung seiner Immunität zurückkehrte. Das gegen ihn beim Reichsgericht schwebende Verfahren nahm aber seinen Fortgang und ist nunmehr dem Staatsgerichtshof übergeben worden.

Zusammenbruch des Besitzsteuersystems.

Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst meldet:

Der völlige Zusammenbruch des deutschen Besitzsteuersystems infolge der Markkatastrophe ist so deutlich, daß ihn selbst die Vertreter von Kapitalinteressen kaum noch bestreiten. Trotzdem ist zu befürchten, daß auch die Beratung des Gesetzes über die Berücksichtigung der Geldentwertung in den Steuergesetzen, die jetzt im Steuerausschuß des Reichstags begonnen hat, nichts oder nicht viel daran ändert. Die Verhältnisse beim Vermögenssteuergesetz lassen dieses Verlagen der Besitzsteuern am deutlichsten erkennen. Für die Vermögenssteuer sollen die Vermögen veranlagt werden auf Grund ihres Standes vom 31. Dezember 1922. Die Bewertung erfolgt in Papiermark, die Zahlung in vier Raten im Laufe des Jahres 1923! Es ist klar, daß angesichts der starken Geldentwertung diese ganze Steuer bereits entwertet ist, ehe noch die Veranlagung begonnen hat.

Das Gesetz über die Berücksichtigung der Geldentwertung enthält keinerlei zweckmäßige Vorschläge zur Abschaffung dieser unerträglichen Mißstände. Es will vielmehr den Steuertarif auseinanderziehen. Einige Bestimmungen, die angeblich dem Kleinrentner dienen, zeigen, wie bei den Besitzsteuern aus Vernunft Unsinn geworden ist. Diese Bestimmungen wollen Kapitalvermögen bis zu 600 000 Mk. steuerfrei lassen. Insbesondere bei festverzinslichen Werten ist diese Freigrenze berechtigt, da sie hier wirklich dem Schutze der Kleinrentner dient. Wen man es so liest, möchte das leidlich scheinen. Da aber das in Industriepapieren angelegte Vermögen nach lächerlich niedrigen Durchschnittskursen eingeschätzt wird, entspricht hier zu von der Steuer auf 600 000 Mk. geschätztes Vermögen nach heutigem Geldwert einem Vermögen von ungefähr 60 Millionen Mark. Große Spekulationsvermögen, deren Besitzer die treuesten Kunden der Luxuslokale sind, würden also unter die Befreiungsvorschrift fallen und völlig steuerfrei bleiben!

Hinzu kommt, daß, wenn nicht im Laufe der Beratung die Bewertungsvorschriften gründlich geändert werden, Vermögen von mehr als 100 Millionen Mark nur lächerliche Steuerbeträge — zwischen 500 Mk. und 5000 Mk. jährlich — an Vermögenssteuern zu zahlen haben. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Steuerausschusses haben gegen diese Bestimmungen des neuen Entwurfs angekämpft, jedoch ohne Erfolg. Die bürgerliche Mehrheit des Steuerausschusses hat die Beratung des Gesetzes über die Berücksichtigung der Geldentwertung in den Steuergesetzen mit der Steuerfreiheit für Multimillionäre begonnen.

Ludendorff in Wien.

Der „B. T." wird aus Wien gedrahtet: General Ludendorff wurde im Verlauf des vorgestrigen Tages von zwei Polizeibeamten nach dem Polizeipräsidium geleitet, wo ihm im Salon des Polizeipräsidenten Schober die Bitte ausgesprochen wurde, seinen Aufenthalt in Wien nicht zu verlängern, weil sonst Arbeitermanifestationen zu befürchten seien. Ludendorff versprach, in den Nachmittagsstunden abzureisen. Gegen abend erfuhr jedoch die Polizei, daß deutschnationale Verbände eine Zusammenkunft im Hotel Kummer organisierten, und dort wurde Ludendorff, als er gerade eine Ansprache an die Erschienenen richtete, darauf aufmerksam gemacht, daß er das Versprechen gegeben habe, abzureisen und daß die Versammlung nicht polizeilich angemeldet wurde. Ludendorff soll zwar in der Nacht Wien noch immer nicht verlassen haben, jedoch beabsichtigt haben, am Mittwochmorgen abzureisen.

*

Ob das inzwischen geschehen ist, entzieht sich unserer Kenntnis. Jedenfalls beweist Ludendorff, daß er neben seiner bekannten Unverschämtheit noch eine gehörige Dosis Dickfelligkeit besitzt.

Völlige Einmütigkeit.

Berlin, 8. Februar. Nachdem sich am Dienstag der Parteiausschuß mit der politischen Lage, insbesondere der Haltung unserer Partei zur Ruhrbesetzung beschäftigt hatte, traten am Mittwoch im Reichstag die politischen Redakteure der Parteipresse zusammen, um die gleiche Frage zu erörtern. In einem einstündigen Referat gab Genosse Hermann Müller einen umfassenden Bericht über die Ursachen und die Folgen des Einbruchs der Franzosen und Belgier in das Ruhrgebiet. Die Debatte ergab völlige Einmütigkeit über die von der Partei befolgte Politik, so daß Genosse Wels am Schluß der Aussprache widerspruchslos feststellen konnte, daß sich auch die Leiter unserer Parteipresse und damit sämtliche Körperschaften der Partei hinter die Parteileitung gestellt haben. Einmütig trat die Konferenz der am Dienstag vom Parteiausschuß angenommenen Entschließung bei.

Ehrhardts Vermögen beschlagnahmt.

Ueber das Vermögen des Korvettenkapitäns Ehrhardt ist die Beschlagnahme verhängt und infolgedessen das Amtsgericht München mit der Pflegschaft betraut worden. Zum Pfleger ist Rechtsanwalt Zeidlmann in München bestellt worden: an Ehrhardt selbst dürfen keine Zahlungen irgendwelcher Art mehr geleistet werden.

Kosmische Grippe.

Von Bruno Manuel.

Außergewöhnliche Zeiten, an die kein außergewöhnlicher Maßstab gelegt wird, verdienen nicht außergewöhnlich zu sein.

Der gewöhnliche Maßstab ist geläufig: die Entartungen der Zeit sind das Resultat menschlich-geistiger Entartung. Wir haben uns damit abgefunden, über dem Porträt der lebenden Generation den Satz zu lesen: Der Mensch ist schlecht!

Das außergewöhnliche Urteil hätte zu lauten: Der Mensch ist gut! Das will mit dem Maßstab physikalischer Beurteilung nachgemessen werden. Dazu muß man die ultramaterialistische Brille absetzen — sofern sie einem nicht hinter den Ohren festgewachsen ist. Dazu muß man aus dem Seelenwärmer subjektiver Anschauung steigen — sofern er nicht zur unlöslichen Epidermis geworden ist.

Dann kann man behaupten: Die Menschen schlechter Zeiten brauchen keine schlechten Menschen sein. Unsere Philosophen, an die wir glauben, meinen: Menschlicher Wille wird physikalisch beeinflußt. Machen wir uns das Leben leicht! Schieben wir alles einem unsichtbaren Fatum in die Schuhe! Weg mit den Bleigewichten eigener Verantwortung!

Ich besitze die Kühnheit, zu erklären: Auf dem Planeten Alba im Sternbild des Bären ist vor dreitausend Jahren der heimtückische Vulkan Kataputarota zerplatzt. Sein: schauflichen Gase sind von der Substanz des Aethers mit Verzügen verschluckt worden. Das ging soweit ganz gut. Bis unsere Erde im Jahre des Unheils 1914 aus unbekannten Motiven die Zunge ausstreckte und von den entarteten Partikelchen einige in die Atmosphäre zog. Damit hat sie die Menschheit vergiftet; und die Menschheit hat die Zeit vergiftet.

Die Staatsmänner der Welt können untereinander nicht einig werden, solange nicht das Mittel erfunden ist, sich und uns von der kosmischen Grippe zu kurieren. Die Kataputarota-Atome dieser zudringlichen Alba reizen fortwährend die Schleimhäute sämtlicher Säugetiere auf Erden. Sie erdreisten sich, bei dem vornehmsten Säugetier, also dem Menschen, ins Gehirn vorzudringen; in der Zentrale unserer Willens- und Charaktereigenschaften alles auf den Kopf zu stellen; die Armeen unserer undisziplinierten Denkmoleküle gegen uns zu mobilisieren.

Wir sind infiziert vom Kosmos; müssen sämtliche Stadien dieses ätherischen Schnupfens ratlos über uns ergehen lassen. Es bleibt uns nichts erspart. Der einzige Trost mag sein: Gegen das außerirdische Uebel helfen keine Spritzen studierter Männer, keine Sprüche spiritistischer Gesundheiter; keine Milliarden steinreicher Herkunft; keine Opfer hingebungsvoller Kurtisanen.

Ideen und Taten, die den Rahmen friedertiger Gemeinschaft sprengen und die der Mensch unzulänglich bald Bolschewismus, bald Faszismus, bald Revolution, bald Reaktion nennt, Wucher und Erpressungen, Raffgier und Hypermaterialismus — werden erst aufhören, wenn der Kataputarota-Bazillus in uns ausgetobt hat.

Fassen wir uns mit Geduld. Es geht uns nichts verloren. Eine naturnotwendige Höherenwicklung ist ja laut Keyserling sowieso ausgeschlossen. In allen Lebenslagen dieser entarteten Welt vergegenwärtige man sich diese physikalische Ursache. Sie macht — abgesehen von ihrem ganz plausiblen Klang — die von allen Teufeln geritten Zeit noch am erträglichsten.

Bücher und Schriften.

August Schulz, sein Leben und sein Wirken. (Bericht der Vereinigung zur Erforschung der heimischen Pflanzenwelt zu Halle. Verlag von Oswald Weigel in Leipzig.) — Der vorliegende Bericht ist anläßlich des zehnjährigen Bestehens des Vereins herausgegeben und ist hauptsächlich dem Andenken des im letzten Vereinsjahre verstorbenen Gründers des Vereins, Professor August Schulz, gewidmet. August Schulz wird von vorurteilsfreien Gelehrten, so zum Beispiel von dem berühmten Afrikaforscher Schweinfurth, auf dem Gebiete der Getreideforschung als der bedeutendste Botaniker der Jetztzeit angesehen, dessen Spezialgebiet außerdem die Erforschung der Pflanzenwelt Mitteldeutschlands, insbesondere des Saale-Bezirks, bildet. Die Lebensgeschichte des am 7. Februar 1922 verstorbenen großen Gelehrten zeigt Seite für Seite die Tragik des an Enttäuschungen und Entbehrungen reichen Lebens eines Mannes, der ein Opfer des alten Systems, des Klassenstaates und der bürgerlichen Gesellschaftsordnung geworden ist. Mit rücksichtslosester Offenheit geißelte er Mißstände im akademischen Beruf und im Staat so scharf, daß er sich dadurch unerbittliche Feinde schuf. Als Feind sozialer Gegensätze wandte er sich gegen Standesdünkel, gegen Egoismus und Heuchelei, und besonders auch gegen Personen, die durch Abstammung oder Verbindungen leitende Stellungen erlangt hatten. Durch kleinliche Schikanen wurden ihm dafür von Vorgesetzten seiner Fakultät allerlei Hindernisse in den Weg gelegt, so daß ihm seine wissenschaftliche Forschungstätigkeit erschwert und er ohne Besoldung sein Leben unter dürftigsten Verhältnissen als Privatdozent fristen mußte. Neue Hoffnung belebte ihn daher, als der politische Zusammenbruch kam und Hänisch Kultusminister wurde. Leider war es für ihn zu spät, denn sein durch Unterernährung geschwächter Körper war den Anstrengungen seiner Aufgaben nicht mehr gewachsen. Immerhin hat er noch fünf Tage vor seinem Tode die Freude erlebt, für seine so lange unentgeltlich geleistete Arbeit infolge der Neuregelung der Verhältnisse die erste Besoldung zu erhalten, dadurch, daß er eine bezahlte Professur erhielt. Von seiner unermüdlichen Arbeitskraft zeugen auch die im Bericht aufgeführten 198 von ihm verfaßten Schriften.

Hallisches Theater- und Kunstleben.

Stadttheater. Heute und Montag 7½ Uhr geht Rosenows Komödie „Kaiser Lampe" in Szene. Freitag: „Die Zauberflöte". Sonnabend: „Mona Lisa". Sonntag: „Der Rosenkavalier".

Im Thalia-Theater wird am Sonntag zum ersten Male „Der ungetreue Eckehart", ein Schwank in drei Aufzügen von Hans Sturm, unter Spielleitung von Richard Helsing gegeben. Das Stück, das schon vor längerer Zeit mit großem Erfolg über viele Bühnen ging, ist vom Verfasser jetzt einer durchgreifenden und vorteilhaften Neubearbeitung unterzogen worden. Karten im Vorverkauf an der Kasse des Stadttheaters.

Liederabend der Volksbühne. Die durch ihre Mitwirkung beim Händelfest in Halle bekannte Berliner Sängerin Rose Walter wird am Dienstag, dem 13. Februar, einen Liederabend im „Volkspark" veranstalten. Ihr sehr reichhaltiges Programm umfaßt Werke von Gluck, Händel, Schubert, Brahms, Reger und Richard Strauß. (Karten in der Geschäftsstelle.)

Die Reger-Gedenkfeier der Philharmonie wird am Sonnabend, dem 17. Februar, mit einem Kirchenkonzert fortgesetzt. Sie soll ihren krönenden Abschluß am Sonntag, dem 18. Februar, vormittags, mit einem großen Orchester- und Chorkonzert im Stadttheater finden. Näheres in der heutigen Anzeige. Die Mitglieder der Philharmonie wollen ihre Karten im Verlaufe dieser Woche bei Hothan abholen. (Für Mitglieder der Robert-Franz-Singakademie Verkauf bei Koch.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219230208-12/fragment/page=0002

Hohenzollersche Taktlosigkeit.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Vor einigen Tagen starb in Berlin der schwedische Gesandte von Essen, für den in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche eine Trauerfeier stattfand. Der Sohn des ehemaligen deutschen Kaisers August Wilhelm glaubte, unbedingt an dieser Trauerfeier teilnehmen zu müssen. Da von amtlicher deutscher Seite der Wunsch geäußert wurde, die Hofloge bei dieser Trauerfeier geschlossen zu halten, wurde dem Herrn bedeutet, daß er sich mit einem Platz auf der sogenannten Fürstenbank „begnügen" müsse. Das gefiel ihm aber nicht. Er gab deshalb Anweisung an den Küster, die Hofloge zu öffnen. Von dieser hatte die Witwe des verstorbenen Gesandten in Begleitung des Vertreters des Reichspräsidenten und des schwedischen Königs Platz genommen. Dahinter stand provozierend der Vertreter des Hohenzollern-Hauses. Teilnehmer an der Trauerfeier wollen bemerkt haben, daß die ausländischen Diplomaten, insbesondere der französische Botschafter, diese Taktlosigkeit des Hohenzollernsprößlings mit einem verächtlichen Achselzucken beantwortet haben.

Wilhelm II. hat von Takt wenig verstanden, woher sollen seine Söhne unter diesen Umständen schließlich wissen, wie man sich im Trauerhause beträgt.

Stinnes läßt dementieren. In den letzten Tagen wurde verschiedentlich darauf hingewiesen, daß, während das deutsche Proletariat im Abwehrkampfe gegen den französischen Imperialismus stehe, die deutschen Industriellen Verhandlungen mit der französischen Schwerindustrie führen. Es wurde dabei besonders der Name Stinnes genannt. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung", das Berliner Stinnes-Organ, stellt nunmehr fest, daß Stinnes seit dem französischen Einfall in das Ruhrgebiet mit seinem Franzosen verhandelt hat.

Gewerkschaftsbewegung.

Bergarbeiterstreik in Lothringen.

Die Bergarbeiter in Lothringen haben die Lohnerhöhung von 2 Franken pro Schicht angesichts der fortschreitenden Entwertung des Franken als viel zu gering abgelehnt. Die Delegierten beschlossen, falls die Grubenbesitzer keine weiteren Zugeständnisse machen, in den Streik zu treten. Nach einer Meldung der „Saarbrückener Volksstimme" ist der Streik am Mittwoch proklamiert worden. — Der Bergarbeiterstreik auf den Saargruben übertrifft an Einmütigkeit alle Erwartungen. Man hatte befürchtet, daß eine beträchtliche Anzahl von Bergleuten, die bisher den französischen Druck- und Lockmitteln sich gefügig gezeigt hatten, trotz der Streikparole anfahren würden. Die Notstandsarbeiten werden verrichtet.

Generalversammlung der Merseburger Metallarbeiter.

In noch viel größerer Zahl als am 14. Januar erschienen die Kollegen der Verwaltungsstelle Merseburg am 4. Februar im „Tivoli" zur außerordentlichen Generalversammlung. Die Versammlung wurde durch den Kollegen Rößler geleitet. Nur wenige Worte des Kollegen Rößler genügten, um die Maulaufreißer von der anderen Seite auf den Plan treten zu lassen. Es wurde den Fraktionen vorgeschlagen, je einen Redner 30 Minuten sprechen zu lassen. Der Vorschlag wurde angenommen. Es sprachen dann für die Fraktion der KPD. der Kollege Stadtrat Lehnert. Ein kleines Stück von der Walze seiner großen Vorbilder wurde abgewickelt. Für unsere Fraktion sprach der Kollege Wilhelm Daniel, der in kurzen, knappen Sätzen bittere Wahrheiten über die Kampfmethoden der kommunistischen Kollegen zum Ausdruck brachte. Er stellte fest, daß für die Fraktion der SPD. eine Wahl des Kassierers P. Koch nicht in Frage käme, da er den Anforderungen nicht entspräche. Die bewußt vorgenommenen falschen Berichten, nicht erblicken, sondern zeugten lediglich für die Nichtbeherrschung der Kassengeschäfte. Sodann schlug sich Stadtrat Lehnert als Bevollmächtigter für die kommunistische Liste selbst vor. Unsererseits wurde durch den Kollegen Herwig darauf hingewiesen, daß dieser Bevollmächtigte erst seit 1919 organisiert sei und zur Leitung einer Organisation die Bestätigung durch längere Erfahrung erst einmal erbringen müsse. Er schlug als ersten Kassierer den Kollegen F. Walter vor. Hierauf wurde in die Abstimmung eingetreten und die Versammlung geschlossen. Es erhielt die Liste Lehnert (KPD.) 387, die Liste Hennig (SPD.) 382 Stimmen. Damit ist die Liste der kommunistischen Kollegen als gewählt zu betrachten. Ungefähr 70 Verbandskollegen konnten an der Abstimmung nicht teilnehmen, weil wegen nicht ordnungsmäßiger Beitragsleistung für den südbeutschen Metallarbeiterstreik die Mitgliedschaft beanstandet wurde. Ein Beweis, daß der Protest gegen die erste Generalversammlung zu Recht erfolgt ist. In der Zwischenzeit sind hunderte von Streikmarken nachbezahlt worden.

Die Genossen unserer Partei werden trotz dieses Abstimmungsergebnisses ihre Mitarbeit innerhalb des Verbandes auch der kommunistischen Ortsverwaltung zur Verfügung stellen; sie werden allerdings nur das Verbandsstatut als Grundlage annehmen und die Arbeit dieser Verwaltung besonders kritisch betrachten. Dem Schreiber im „Klassenkampf" wollen wir antworten: Wir sind mehr als eine achtunggebietende Minderheit, die sich von der zufälligen Mehrheit nicht an die Wand drücken läßt. Zur Abwehr werden wir unsere Fraktion das ganze Jahr geschlossen beieinanderhalten, um Gefahren, die der Organisation drohen, abwehren zu können. Vergleichen wir die Generalversammlung 1921, wo nur sechs oder acht Stimmen auf dem Boden der sozialistischen Auffassung gegen die damalige Krisenverwaltung fielen, gegen eine fast einheitliche kommunistische Fraktion, so können wir dieses Jahr mit Stolz auf eine Schar von 382 Kampfgenossen blicken und ausrufen: Wenn wir auch augenblicklich unterlegen sind, so werden wir im Interesse der gesamten Metallarbeiterschaft in Merseburg immerhin unsere Pflicht erfüllen und mitarbeiten für die Befreiung der Arbeiterklasse. Vorwärts, Genossen der SPD., im Metallarbeiterverband zu neuer Arbeit. Schließt Euch zusammen für die Richtung Amsterdam gegen Moskau!

Aus dem hallischen Gewerkschaftsleben.

Strafe für Ausübung des Streikrechts.

Der Holzarbeiterverband schreibt uns: Die Firma Otto Pöge in der Dessauer Straße, bei welcher die Arbeiter und Arbeiterinnen seit Sonnabend früh sich im Streik befinden, will Rache nehmen an den Arbeiterinnen, welche die Kühnheit besaßen, in den Streik zu treten oder andere, welche weiterarbeiten wollten, zum Streik aufforderten. Die Verhandlungen, welche am Mittwoch vom Deutschen Holzarbeiterverband mit der Firma wiederaufgenommen wurden, führten zu einem Einverständnis in der Lohnfrage. Die Weigerung der Firma, alle Leute wiedereinzustellen, veranlaßte die Belegschaft, weiter im Kampf zu verharren. Beachtenswert ist dabei, daß die, die für die Arbeitsniederlegung eingetreten waren, zurückgewiesen werden sollen. Die Firma stimmt sich nicht um die Gesetze, die besagen, daß Betriebsratsmitglieder nicht ohne weiteres entlassen werden dürfen, sondern glaubt, heute noch so wie vor 30 Jahren handeln zu können. Die Geschäfte der Firma in bezug auf Berichterstattung besorgten die Meister. Einer von diesen Stehkragenproletariern wagte sich sogar in die Wohnungen der streikenden Frauen, nachdem ihn der Bevollmächtigte des Verbandes aus der letzten Branchenversammlung ausweisen mußte. Alle diese Versuche werden scheitern an dem festen Willen der Belegschaft. Einstimmig lehnte sie die Wiederaufnahme der Arbeit ohne Einstellung aller ab. Leider haben sich auch einige Meister dazu herbeigelassen, die Arbeit von Streikenden zu verrichten, die sie sonst nicht machen. Alle Angebote von Arbeit für die Firma Pöge sind abzulehnen, da nur die Solidarität aller Arbeiter den vollen Erfolg des Kämpfenden bringen kann.

Devisenkurse.

	Heute Mark (Gold)	7.2.23 Mark (Gold)
1 holländischer Gulden	14650	14900
1 dänische Krone	6960	7150
1 italienische Lira	1775	1800
1 Pfund Sterling	172000	176500
1 Dollar	37000	37750
1 französischer Frank	2280	2425
1 Schweizer Frank	6900	7100
1 tschechische Krone	1090	1120

Tendenz ruhig.

Aus aller Welt.

Zusammenstoß zweier französischer Militärzüge.

28 Tote, viele Schwerverletzte.

Berlin, 8. Februar. Die „D. A. Z." meldet aus Düsseldorf, daß auf der von den Franzosen militarisierten Eisenbahnstrecke Düsseldorf—Kettwig zwei französische Militärzüge zusammengestoßen und dabei 28 Soldaten getötet worden seien. In aller Stille seien die Verunglückten auf einem Teil des Düsseldorfer Friedhofs beigesetzt worden. Bei dem Zusammenstoß, über den von den Franzosen strengstes Stillschweigen beobachtet werde, soll es auch eine große Anzahl von Schwerverletzten gegeben haben.

Der fürstliche Briefmarkenfälscher.

Die Leipziger Kriminalpolizei verhaftete den angeblichen armenischen Fürsten Melak Paschain, der der Hauptagent einer weitverzweigten Briefmarkenfälscherbande ist. Bei den Fälschungen handelt es sich um die Herstellung von großen Mengen Marken von russischen Republiken. Diesen Fälschungen war man in Wien auf die Spur gekommen, wo ein gewisser Michael Fertig große Posten falscher Briefmarken abgesetzt hat. Mit Fertig wurde auch der Student Sterblich im Gebäude der Niederösterreichischen Escompte-Gesellschaft festgenommen, und zwar in einem Augenblick, als Sterblich sich seinen Safe zeigen lassen wollte. Man fand in dem Safe gegen 20 Kilo falsche Marken der russischen Reichsstaaten und der Sowjetrepublik sowie viele Phantasiemarken, die überhaupt nicht existieren oder während der Wirren der russischen Revolution nur ein kurzes Leben geführt haben.

Millionenbetrügereien bei einer Großbank. Große Betrügereien, die von Köln nach Berlin spielen, und deren Opfer eine Berliner Großbank wurde, konnten jetzt aufgeklärt werden. Der Urheber war ein Kaufmann Jansen, der eine Zeitlang beim amerikanischen Konsulat in Köln beschäftigt war. Als seine Helfershelfer wurden drei Bankbeamte entlarvt. Die Bande ging in der Weise vor, daß sie ein Bankkonto auf einen fremden Namen anlegte. Wenn nun von den Großfirmen Geld einging, so buchten sie das zu einem Teil auf deren Konto, zum Teil aber auf das falsche Konto. Jansen hob dann das Geld ab und brachte so Millionen an sich, die er mit seinen Helfershelfern teilte. Als die ganze Schwindelei aufgedeckt wurde, verschwand Jansen, und es gelang ihm auf Grund seiner Beziehungen durch seine Tätigkeit bei dem amerikanischen Konsulat, nach Neuyork zu entwischen. Dagegen konnten die drei Bankbeamten sowie ein Bruder Jansens, der ebenfalls an den Schwindeleien beteiligt war, festgenommen werden.

«UFA»«UFA»«UFA»«UFA»«UFA»«UFA»«UFA»«UFA»«UFA»«UFA»«UFA»

Leipziger Strasse 88 — Fernruf 1224 — UT — **Leipziger Strasse 88** — Fernruf 1224

Programm vom 9. bis 15. Februar 1923:

Der große Mara-Monumentalfilm

LYA MARA,

die überaus beliebte Darstellerin, in dem Drama in 5 Akten

Die Männer der Sybill

Lya Mara kann nach einer Reihe glänzender Lustspielerfolge in ihrem neuen Film „Die Männer der Sybill" wieder eine wirksame Probe ihres ernsten dramatischen Könnens geben.

Vorführung: 4.50 7.00 9.10.

Freddy als Detektiv

Lustspiel in 2 Akten.

Freddys grosser Reinfall

Lustspiel in 2 Akten.

Walhalla-Lichtspiel-Theater — Fernruf 1224 — WT — **Walhalla-Lichtspiel-Theater** — Fernruf 1224

Programm vom 9. bis 15. Februar 1923:

2 Riesenfilmwerke — 10 Akte.

Ein neuer Maciste-Film:

Maciste, der Rekordbrecher

Sensations-Abenteurer-Film in 5 Akten.

In der Hauptrolle:

Maciste, der Mann der Macht

Dieser moderne Gladiator mit der weltüberwindenden Kraft seiner Arme und dem Kinderherzen, dieser Maciste ist der Held unseres Programms.

Vorführung: 4.50 7.00 9.15.

Das große Sittenfilmwerk:

Eine Dame der feinen Gesellschaft

Ein Sittenbild aus dem dunklen Amerika.

5 Akte mit **Dorothy Dalton.**

Vorführung: 4.00 6.10 8.25.

Alte Promenade 11a — Fernruf 1224 — UT — **Alte Promenade 11a** — Fernruf 1224

2866 **Programm vom 9. bis 15. Februar 1923:**

Erst-Aufführung des Wild-Afrika-Films:

Unter Wilden und wilden Tieren.

Eine schwedische Filmexpedition in das Wunderland der ostafrikanischen Großtier- und Negerwelt in 6 Kapiteln.

Zum ersten Male wurde hier mit Hilfe des Kinematographen das Leben und Treiben der dem menschlichen Auge gewöhnlich verschlossenen afrikanischen Großtierwelt und die Sitten und Gebräuche der beinahe noch im Urzustand lebenden Bewohner des inneren schwarzen Erdteiles erforscht und im Film festgehalten. Die Aufnahmen aus der Wildnis, den Negerdörfern, den Urwäldern, Flüssen und Steppen Innenafrikas sind überaus spannend, packend von Anfang bis Ende, ohne das irgendwie eine Handlung hineingemengt ist. Wahllos, ganz ungebunden aneinandergereiht, ziehen die zahlreichen Tierszenen vor den Augen des Zuschauers vorüber.

Herr Dr. Popitz sagt in der Leipziger Volkszeitung: Wertvoll und technisch wunderbar ist der Film aus dem afrikanischen Tier- und Negerleben, dessen Inhalt und Spannung selbst das gewagteste Filmdrama übertrifft.

Das Leipziger Tageblatt schreibt: Prof. Dr. Heck, der Direktor des Berliner Zoologischen Gartens, sagte nicht zuviel, als er diesen Film eine Kulturtat nannte. Er ist sogar ein Ereignis! Die technischen Leistungen übertreffen alle Vorstellungen von Filmoperationen. Abgesehen davon, daß zahlreiche Bilder unter höchster Lebensgefahr gefilmt werden mußten, ist es ganz erstaunlich, zu sehen, welch geheime Vorgänge in der Wildnis überhaupt aufgenommen werden konnten. Tierszenen, die sonst ein menschliches Auge kaum je geschaut hat, sind im Bilde festgehalten. Die Giraffe, das Zebra, Gnu und Antilope sehen wir des Abends zur Tränke wandern, Paviane im Sande spielen; sehen das Steppenvieh in Todesangst vor Löwen und Leoparden dahinfliegen. Nashörner und Flußpferde nähern sich in wildem Ansturm. Und dann, eine grandiose Szene: Aasgeier und Schakale machen sich über den Kadaver eines Zebras her. Aus riesigem Umkreis kommen sie angestürmt, stürzen sich gierig auf ihre Beute. Und in weniger als einer Viertelstunde bleibt von dem Leichnam nichts weiter übrig als das Gerippe. Nur der Marabu wandelt stolz unter all dem anderen Getier.

Vorführung: 4.30 6.40 9.00.

Unsere Brüder an der Ruhr

Aus dem Inhalt des aktuellen Films:

1. Die Augen der Welt sind auf die Vorgänge im Ruhrgebiet gerichtet. 2. Das Leben der Ruhrbevölkerung. 3. Die Arbeit des Bergmanns. 4. Der Abzug der amerikanischen Truppen. 5. Die Leiden unter der Besetzung 6. Die Vergewaltigung friedlicher Tätigkeit. — Am Schluß: Sie sollen ihn nicht haben, den alten, deutschen Rhein.

Joe Martin will Mensch werden. Lustspiel in 2 Akten.

Jugendliche haben zur ersten Vorstellung zu kleinen Preisen Zutritt, abends nur in Begleitung Erwachsener zu vollen Preisen.

Beginn in sämtlichen Theatern Sonntags 3 Uhr, wochentags 4 Uhr.

«UFA»«UFA»«UFA»«UFA»«UFA»«UFA»«UFA»«UFA»

Arbeits-, Militär- und Manchester Hosen sowie sämtliche Weiß- und Wollwaren Trikotagen Barchent-hemden Damenwäsche, reinw. Strümpfe, und Socken, Schlafdecken billig bei Lipper, Magdeburger Straße 25, am Walhalla. 2714

Die gute Storzwolle

Kleine Anzeigen haben hier den größten Erfolg!

Direkt am Leipziger Turm

Gold- Silber- Platin- Bruch

Brillanten, Doublee, Zahngebisse, Brennstifte, Uhrketten usw.

kauft streng reell luxussteuerfrei

P. Fügemann jr. 2867

Königstraße 5 (Laden) Teleph. 2127

Direkt am Leipziger Turm

Größte Auswahl! Billigste Preise! Bettsteilen 2868 Ruhebetten Matratzen Kinderwagen Auf Wunsch bequem. Teilz. Spezialgeschäft **Bruno Paris,** Kl. Ulrichstraße 2. Eing. Kanalstraße.

Damen-Taschen la Leder, billigst nur Schmeerstr. 19 Lederwaren- 2715 Spezial-Geschäft.

«UFA»«UFA»«UFA»«UFA»

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219230208-12/fragment/page=0003

Herren-Hüte in größter Auswahl zu mäßigen Preisen

2876

Herold & Schröder

Gr. Steinstraße 33.
Gr. Ulrichstraße 10.

VSPD

Halle u. Bezirk Merseburg

Sekretariat Halle (Saale), Harz 42/44. Hintergebäude, 2 Treppen :: Fernruf 1029

Parteigenossen: Die Aufklärung der Frauen ist zwingende Notwendigkeit. Bringt deshalb zu allen Veranstaltungen der Partei Eure Frauen mit.

Halle.

VSPD.-Metallarbeiter. Am Freitag, dem 9. Februar, abends 7 Uhr, findet in Wilsdorfs Gesellschaftshaus eine Fraktionssitzung statt. Es sollen überaus wichtige Angelegenheiten zur Erledigung gelangen, weshalb vollzähliges und pünktliches Erscheinen unbedingt erforderlich ist.

Sozialistischer Studentenbund. Regelmäßige Zusammenkünfte alle 14 Tage Montags 8 h. c. t. im Gewerkschaftshaus am Harz. Nächste Besprechung am 12. Februar 8 h. c. t. Auskunft und Anmeldung: stud. rer. pol. Stengel, Friedrichsplatz 61.

— SJ. Gruppe Zentrum. Heute abend 7 Uhr im „Augenheim" (Weidenplan): Brettspielabend. Brettspiele müssen mitgebracht werden.

— Gruppe Nord. Heute abend 7 Uhr Zusammenkunft in der „Gebichenstein Schule". Musikinstrumente mitbringen.

— Gruppe Süd. Heute abend Vortrag des Genossen R. Oelschlegel über: „Die neue deutsche Dichtung". Musikinstrumente mitbringen. Erscheinen aller Genossen und Genossinnen ist Pflicht.

Merseburg. Freitag, den 9. Februar, abends 8 Uhr, im „Tivoli" Mitgliederversammlung. Vortrag des Gen. Berkling über „Die politische Lage". Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Mücheln. Sonntag, den 11. Februar abends ½8 Uhr, im Gasthaus „Roter Hirsch": Jahres-Hauptversammlung. Erscheinen aller Parteimitglieder ist Pflicht. Gäste willkommen.

Könnern. Sonnabend, den 10. Februar, abends 8 Uhr, im „Schützenhause": Oeffentliche Wählerversammlung zur Stadtverordnetenwahl. Landrat Genosse Guske (Merseburg) spricht über: Praktische Politik in der Gemeinde. Arbeiter, Beamte, Genossen, tretet auf den Plan.

Piesteritz-Kl.-Wittenberg. Donnerstag, den 8. Febr., abends 8 Uhr, im „Volksheim" Diskussionsabend. Alle hieran interessierten Mitglieder sind hierzu eingeladen.

Stadt-Theater.
Freitag, abends 7½ Uhr:
Die Zauberflöte
Sonnabend: 2877
Mona Lisa.

Thalia-Theater.
Sonntag, abends 7½ Uhr:
Der getreue Eckehart

2898
Goldankauf
Bruch
Berlin-Charlottenburger Antoufabrik
Heilborn & Zunder
Forsterstr. 1, I
Ecke Magdeburg. Str.
Telep on 5576
Geöffnet 9-6 Uhr

Neutuch
zu höchst. Tagespreisen kauft
R. Walther
Marienstr. 7
2 Minuten vom Hauptbahnhof.

Billardbälle
(beschäd.) Elfenbein.
Gold- und Silber-Bruch, Bestecke, Ketten, Ringe, :: Münzen usw. :: 2896 kauft laufend jeden Posten
Howing, Prinzenstr. 12 (Ecke Merseb. Straße, kein Laden).
Luxussteuer trage ich.

Kauft nur bei den Volksblatt-Inserenten

---

100 000 Mk.
Belohnung!

In der Nacht von Donnerstag auf Freitag sind in unserem Betriebe, Huttenstraße 93,

Treibriemen,
120×7, 100×6, 80×5,

gestohlen. Auf die Ermittlung der Täter setzen wir eine Belohnung von

50 000 Mark

und auf die Wiedererlangung der Riemen eine weitere Belohnung von

50 000 Mark

aus, deren Verteilung unter dem Ausschluß des Rechtsweges erfolgt.

Paul Schreck, A.-G.,
Halle a. Saale.

Schuhverkauf 2893 für die Gewerkschaftsmitglieder beim Kollegen
Curt Bachmann, Thomasiusstr. 47, III.

Licht-Spiele

Am Riebeckplatz — Am Riebeckplatz

Ab morgen Freitag bis einschliesslich Donnerstag, den 15. Februar 1923:

Geblendet
von der außergewöhnlichen Pracht dieses herrlichsten Film-Werkes der Gegenwart ist jeder Zuschauer!

Das Attentat

in der

Grossen Oper

6 Akte — Ein Schicksalsstück von ungeheurer Wucht und dramatischer Größe, — **6 Akte**

getragen von einer großen Idee auf die höchste Stufe mimischer Darstellungskunst durch Amerikas größte Tragödin:

Dorothy Phillips

Ein Stück wahrsten Lebens in glutvoller Lebendigkeit, verschwenderisch schönen Bildern und packender Schilderungskunst ersteht vor unseren Augen.

Selten wohl ist das Schicksal eines Menschen in derartig packender und seelisch tief ergreifender Weise wiedergegeben, als in diesem unvergleichlich schönen Lebens-Drama.

Wir dürfen wohl behaupten,

!! **daß dieser Film, dem aus allen Städten begeisterte Kritiken vorausgehen, einer der schönsten ist, den wir in unseren C.-T.-Lichtspielen gezeigt haben.** !!

Bühne:
Spielleitung: Direktor Willi Schur.

Traumthaler & Mistelbach

Schwank von A. Bergen.

Anfang Wochentags 4 Uhr. — Anfang Sonntags 3 Uhr.

Licht-Spiele

Gr. Ulrichstr. 51 — Gr. Ulrichstr. 51

Ab morgen, Freitag, bis einschliesslich Donnerstag, den 15. Februar 1923:

Spannende Sensationen und tollkühne Wagnisse bringt der Zirkus-Film:

Zirkus Gray

Großer Zirkus-Abenteurer-Film in 6 Episoden, 36 Akten:

14 Akte — — **14 Akte**

Eddie Polo!

der wagemutigste Sensations-Darsteller und König aller Abenteurer, in der Hauptrolle.

III. Episode: **Von Feinden umringt**
IV. Episode: **Betrogene Betrüger.**

Das bunte, abenteuerliche Leben des wilden Westens bildet den Hintergrund einer an sensationellen Ereignissen überreichen Handlung dieser beiden Episoden.

Hierzu: **Der tolle Lustspiel-Schlager:**

Der Löwe ist los!

Anfang Wochentags 4 Uhr. — Anfang Sonntags 3 Uhr.

Kleine Anzeigen haben hier **grossen** Erfolg!

Kaufen Sie jetzt!

Durch unsere großen Abschlüsse für unsere 5 Geschäfte in

Halle a. d. S.
Bitterfeld
Merseburg
Nordhausen
Mühlhausen i. Th.

sind wir heute immer noch in der Lage, Sie vorteilhaft bedienen zu können. Sie finden bei uns wieder eine **hervorragende Auswahl** der schönsten

Herren-Frühjahrs-Mäntel
Herren-Frühjahrs-Anzüge
Gummi-Mäntel
Sport- und Leder-Kleidung
Herren-Hosen
Herren-Wäsche
Knaben-Anzüge und -Mäntel

sowie allem anderen, was zur Ausstattung von Herren und Knaben gehört. Unsere Preise sind heute noch niedrig im Vergleich zu denen, die wir in den nächsten Monaten bekommen werden, denn Löhne und Frachten sind in beständigem Steigen begriffen und alle unsere Waren sind noch auf Grund der alten Löhne und der alten Frachtsätze ausgezeichnet.

Größere Gegenstände reservieren wir bei entsprechender Anzahlung 14 Tage.

Deshalb kaufen Sie jetzt

L. Weiss

2881

Größtes Bekleidungshaus der Provinz für Herren und Knaben.

Anzüge,
Gummimäntel,
Arbeiter-Bekleidung
empfiehlt zu günstigen Preisen
Riesel's Monatsgarderoben
Etagen-Geschäft Gr. Märkerstr. 22, I.
Gekaufte Waren werd. zurückgehängt.
2867

Streng reell! — Luxussteuerfrei!
Gold-, Silber-, Platin-Bruch
Brillanten, Zahngebisse, Brennstifte
sowie sämtliche Gegenstände in **Edelmetall** kauft 2894
Hugo Lahl, Gr. Ulrichstrasse 51
Eingang C.-T.-Lichtspiele. Hof rechts.

Kaufe 2870
Eisen, Altmetalle, sämtl. Rohprodukte
zu Tagespreisen
E. Kupfernagel
Hochstraße 10.

GOLD-, 2886
Silber-, Platin-Waren und -Bruch
Streng reelle Preise
Uneigennützige kostenlose Taxierung
Auch Sonntags von 11—1 Uhr geöffnet
Schaefer & Co.
Gr. Ulrichstraße 37 II und
Richard Wagnerstr. 60 II
Telephon 2043

Bitte ausschneiden und aufheben!

Großer öffentlicher Vortrag

von **Dr. H. Ohr**

über:

Gesundheit und Lebenskraft durch den galvanischen Schwachstrom

System Wohlmuth

am **9. Februar,** abds. 8 Uhr, im **„Wintergarten"** (gr. Saal), Magdeburger Str. b. Hptbhf.

und am **10. Februar,** nachmittags 5 Uhr, im **„Volkspark"** (Restaurationssaal), Burgstr. 27.

Die Wohlmuth-Heilweise, die Hunderttausende von Geheilten, Heilkundige und Aerzte zu Anhängern hat, wird in einstündigem, interessantem Vortrag wissenschaftlich begründet und anschließend praktisch vorgeführt.

Original Wohlmuth-Heilapparate sind in über 100 000 Familien ständig im Gebrauch.

— Keine Suggestion, sondern eine rein-natürliche Heilweise. —

Auskünfte erteilt:
Wohlmuth-Institut, Leipzig, Dresdner Hof, Neumarkt 21/27.

Niemand versäume diesen für Kranke und Gesunde gleich wichtigen Vortrag zu besuchen. 2903

Werbt neue Leser!

Gold- Brillanten, Platin-, Silber-Bruch, Uhren, Ketten, Ringe kauft laufend **J. Sender,** Juwelier und Goldarbeiter.
Gr. Ulrichstr. 25 neben Beths Bunte Bühne.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219230208-12/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 8. Februar 1923.

Sammelt für die Opfer der Ruhrbesetzung!

Arbeiter, Angestellte, Beamte!

Seit drei Wochen stehen französische Heeresmassen im Ruhrgebiet, um die Durchführung der imperialistischen Pläne der Kapitalisten Frankreichs zu stützen. Der passive Widerstand, der gegen diesen Raubzug geleistet wird, soll nun durch die völlige Absperrung des unbesetzten deutschen Gebietes von der Ruhrkohle gebrochen werden. Gelingt diese Maßnahme, dann **steht das deutsche Wirtschaftsleben vor einer Erschütterung**, deren Folgen für die deutsche Arbeiterschaft von katastrophaler Bedeutung sein müssen. Starke Arbeitslosigkeit und vermehrte Not werden sich bemerkbar machen.

Der passive Widerstand erfordert aber Opfer, die unterstützt werden müssen. Vom ADGB., Afa-Bund und ADB. ist in Gemeinschaft mit den Spitzenorganisationen anderer Gewerkschaftsrichtungen, aber auch mit den verschiedensten Unternehmervereinigungen eine Aktion zur Sammlung eines Unterstützungsfonds eingeleitet worden. In der freigewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmerschaft hat dieses Zusammengehen der freien Gewerkschaften mit den Unternehmern lebhaften Unwillen hervorgerufen. Der besitzenden Klasse, die durch die erwähnten Unternehmervereinigungen vertreten wird, ist es zu einem großen Teil zuzuschreiben, daß in Frankreich eine Politik getrieben wird, unter der die nichtbesitzende Klasse in Deutschland schwer zu leiden hat. Unter Abwälzung aller öffentlichen Lasten auf die schwachen Schultern der Nichtbesitzenden hat die besitzende Klasse, deren Verhalten den Weltkrieg herbeigeführt hat, sich stets um ihre Zahlungsverpflichtungen gegen den Staat herumgedrückt. Nicht genug damit, versucht die besitzende Klasse unter Führung der Unternehmervereinigungen die Lebensbedingungen der Arbeitnehmer ständig zu verschlechtern, indem trotz der ungeheuren Preissteigerungen jede Lohnerhöhung entweder überhaupt abgelehnt oder nur in relativ immer kleinerem Maße zugestanden wird. Dieselben Unternehmervereinigungen führen auch einen hartnäckigen Kampf gegen den Achtstundentag, sowie gegen die wenigen Rechte, die das Betriebsrätegesetz den Arbeitnehmern bietet.

Aus allen diesen Gründen müssen die Arbeitnehmer **jede Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmerverreinigungen ablehnen**, also auch die gemeinsame Bildung eines Notfonds für die Opfer der Ruhrbesetzung.

Die gesamte Arbeitnehmerschaft ist trotzdem bereit, sich an der Unterstützung der Volksgenossen, die durch die Gewaltpolitik der Franzosen im Ruhrgebiet in ihrer Existenz geschädigt werden, zu beteiligen. Die unterzeichneten Organisationen werden zu diesem Zweck

selbständige Sammlungen

veranstalten, deren Ergebnis einem besonders zu bildenden Fonds zugeführt und von dort zweckmäßig zur Verteilung gebracht wird.

Die unterzeichneten Organisationen fordern hiermit auf, in den einzelnen Betrieben sofort Sammlungen zu veranstalten und das gesammelte Geld an die Gewerkschaftliche Sammelstelle (Arbeitersekretariat), Halle, Harz 42/44, abzuführen. Wir empfehlen, daß jeder Kollege und jede Kolleginen einen Stundenlohn auf den Listen zeichnet. Die Sammlungen sind in erster Linie durch die Betriebsräte einzuleiten und wir, wo keine Betriebsräte sind, können Vertrauensleute der Gewerkschaften sammeln. Die Sammlungen müssen bis zum 24. Februar beendet sein und die gesammelten Gelder nebst den Sammellisten spätestens am 28. Februar an die obendezeichnete Stelle abgeführt werden. Ueber den Empfang der gesammelten Gelder wird im „Volksblatt" und im „Klassenkampf" quittiert.

Kolleginnen und Kollegen! Beteiligt Euch alle an dieser Sammlung! Beweist, daß der Kampf gegen den französischen Imperialismus auch in Eurem Interesse geführt wird. Indem Ihr die von uns empfohlene Sammlung unterstützt, erklärt Ihr Euch aber auch zugleich als Gegner der deutschen Kapitalisten, Nationalisten und Imperialisten. Beweist aufs neue die Solidarität des Proletariats, die nie versagt hat, wenn es sich um die Unterstützung von Klassengenossen gehandelt hat!

Halle, den 7. Februar 1923.

Gewerkschaftskartell Halle. Afa-Ortskartell Halle.
Ortskartell des ADB. Halle.

Die Not der Krankenkassen.

Was gedenkt die Regierung dagegen zu tun?

Unsere Genossen im Preußischen Landtag haben folgende Große Anfrage eingebracht:

„Die katastrophale Entwertung der deutschen Mark, die ungezügelte entsetzliche Verteuerung aller Schreib- und Verbandmaterialien und Heilmittel, sowie das sprunghafte Hinaufschnellen der Ausgaben für die Aerzte, Zahnärzte, Apotheker und für die Verpflegung in den Krankenhäusern haben die meisten Krankenkassen fast zum Erliegen gebracht. Schon haben die Krankenkassen den Versicherungsämtern die Verwaltung der Kassen überlassen, da den Sanierungsversuchen der Kassenvorstände gesetzliche Grenzen gezogen sind. Weitere dürften schon in allernächster Zeit folgen. **Der völlige Zusammenbruch zunächst der Krankenversicherung** und damit in Verbindung der gesamten Sozialversicherung steht zu befürchten.

Was gedenkt das Staatsministerium dagegen zu tun? Ist es insbesondere bereit, die Oberversicherungsämter anzuweisen, der furchtbaren Not der Krankenkassen erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden? Ist das Staatsministerium bereit, im Reichsrat und bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß schnellste und durchgreifende Hilfe erfolgt?

Weitere Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise.

Ab 13. Februar: 150 und 180 Mk.; ab 20. Februar: 200 und 250 Mk. — Dafür Aufrechterhaltung des Vollbetriebes.

Als die Stadtverordneten der Linken am Montag beschlossen, der geforderten Tariferhöhung nur unter der Bedingung zuzustimmen, wenn der Betrieb der Straßenbahn in seinem jetzigen Umfange voll aufrechterhalten würde, waren sie sich vollkommen klar darüber, daß eine alsbaldige weitere Erhöhung der Fahrpreise bedeutete. Die personellen Betriebskosten, ganz besonders aber die Strompreise, haben in der letzten Zeit eine solche Erhöhung erfahren, daß das tägliche Defizit ab 1. Februar 1 300 000 Mk., vom 15. Februar an gar 1 800 000 Mk. beträgt. Sollen die in der jetzigen Krisenzeit besonders hart empfundenen Personalentlassungen vermieden werden, dann bleibt natürlich nichts anderes übrig, als die Fahrpreise auch in Halle auf die Höhe zu bringen, wie sie in anderen Städten bereits erreicht ist. Wie wir erfahren, will man diesen Weg zu gehen versuchen und am kommenden Montag beschließen, die Fahrpreise ab 13. Februar auf 150 und 180 Mk., ab 20. Februar auf 200 und 250 Mk. festsetzen. Die in ihrem Bestande stark gefährdete Linie 8 soll dann bis auf weiteres in Betrieb bleiben, vorausgesetzt, daß der Rückgang nicht so stark sein wird, daß die Unrentabilität noch stärker in Erscheinung tritt. Zunächst sollen lediglich die ab 9 Uhr abends geplanten Betriebseinschränkungen durchgeführt werden.

Vom Ungeist der Universität Halle.

Professor Heldmann rehabilitiert.

Anfang Dezember vorigen Jahres veröffentlichte das „Volksblatt" Auszüge aus einer Schrift des hallischen Geschichtslehrers Prof. Heldmann, durch welche einmal in das abscheuliche Dunkel des preußisch-deutschen Hochschulbetriebes mit seinen Kehergerichten und geheimen Verfehmungen hineingeleuchtet wurde. Die Schilderungen des Professors H., der auf Grund widerlicher Spitzelei wegen Majestätsbeleidigung zu einer Gefängnisstrafe und infolge eines einstimmigen Beschlusses der philosophischen Fakultät „aus wissenschaftlichen und moralischen Gründen für ungeeignet erklärt wurde, weiterhin ein Staatsamt zu bekleiden und besonders an einer deutschen Universität Geschichte zu lehren", haben seinerzeit allgemeines Aufsehen erregt. Zu dieser Angelegenheit wird jetzt dem Amtlichen Preußischen Pressedienst aus dem Kultus-Ministerium u. a. mitgeteilt:

Vor der Revolution wurde Professor Heldmann in gerichtlichem Verfahren wegen Majestätsbeleidigung verurteilt, die von ihm eingelegte Revision kam infolge des Amnestie-Erlasses der Volksbeauftragten nicht zum Austrag. Die Unterrichtsverwaltung stellte das gegen Heldmann eingeleitete Disziplinar-Verfahren nach dem Amnestie-Erlaß ein. Die philosophische Fakultät der Universität Halle, der Heldmann als außerordentlicher Professor angehörte, hatte unmittelbar nach Einleitung des gerichtlichen Verfahrens, ohne dessen Ausgang abzuwarten, dem Ministerium mitgeteilt, daß sie die Gesinnung und Handlungsweise des Professors Heldmann verurteile und ihn nicht für geeignet halte, weiterhin ein Staatsamt zu bekleiden. Dem Ersuchen Heldmanns, das Disziplinarverfahren gegen ihn wiederaufzunehmen, konnte die Unterrichtsverwaltung mangels rechtlicher Unterlagen nicht stattgeben. Sie hat aber dem Professor Heldmann und der philosophischen Fakultät ausdrücklich mitgeteilt, daß sie die Ansicht der Fakultät, nach der Heldmann wissenschaftlich und moralisch nicht geeignet sei, weiterhin ein Staatsamt zu bekleiden und an einer deutschen Universität Geschichte zu lehren, in keiner Weise teile.

Die Ohrfeige, die dem akademischen Konzentum, das sich trotz Revolution noch in unverschämter Weise an den Hochschulen breitmacht, verabreicht worden ist, ist ziemlich derb. Daß mit der Rektifizierung der reaktionäre Geist, der besonders in der Hallischen Universität weht, verscheucht worden ist, wird wohl keiner behaupten wollen.

* **Freiquartiere gesucht!** In den nächsten Tagen findet in Halle eine Konferenz der Gewerkschaftsvertreter statt. Alle Parteigenossen, die für die Nacht vom 10. zum 11. Februar ein Freiquartier für die Delegierten stellen können, werden gebeten, dieses im Parteisekretariat, Harz 42/44, Hinterhaus, 2 Treppen, zu melden.

* **Hochschulkurse für Beamte.** In der Zeit vom 7. Februar bis Ende März wird in der Universität von der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät ein Hochschulkursus für Beamte abgehalten. Folgende Vorlesungen sind angekündigt: Verfassungsrecht (Prof. Finger), Recht der Verwaltung (Kleischmann), Grundgedanken des bürgerlichen Rechts (Böhmer), Oeffentliches Wohnrecht (Hein), Betriebsrätegesetz (Körges), Einführung in die Wirtschaftswissenschaft (Aubin), Bank- und Börsenwesen (Dr. Hoffmann), Goethes Leben und Weltanschauung (Prof. Fritz Jesse-Köhler), Rednerkurs (Dr. Wittsack). — Karten sind in der Quästur zu haben.

* **Gleich drei Schreibmaschinen gestohlen.** Schreibmaschinen sind augenblicklich wieder ein sehr gesuchter Artikel für die Herren Langfinger, zumal sie wissen, daß der Preis einer solchen Maschine augenblicklich etwa eine runde Million beträgt. Kürzlich wurde bekanntlich aus dem Bureau des Bergarbeiterverbandes eine solch wertvolle Maschine gestohlen; jetzt meldet der Polizeibericht, daß am Dienstag in den frühen Morgenstunden aus den Bureauräumen des früheren Hotels „Goldener Ring" am Marktplatz gleich drei Schreibmaschinen gestohlen worden sind. Es sind zwei Triumph-Schreibmaschinen (Nr. 21 000 und 24 656) und eine Regina-Schreibmaschine (Nr. 20 883). Für die Wiedererlangung der Schreibmaschinen setzt der Geschädigte 800 000 Mk. Belohnung aus.

* **Gestörte Spitzbuben.** Ein Wächter der Wach- und Schließgesellschaft überraschte in der verflossenen Nacht im Laden der Konditorei von Dietze, Burgstraße, drei Leute, die dort eingebrochen waren und bereits eine Menge Liköre und Frucht-Konserven eingepackt hatten. Sie ergriffen unter Zurücklassung der Beute die Flucht.

Aus dem Gerichtssaal.

Der von links nach rechts gerutschte Radikalinski.

In Ammendorf wohnt der Maurer Bruno Ulrich, der, wie ein Zeuge gestern vor dem hallischen Schöffengericht bekundete, gern einen hinter die Binde gießt, mit Bier sich aber nicht mehr abgibt, sondern nur mit Wein (3 bis 5 Flaschen) sich seinen Aerger hinunterspült. Geärgert hatte er sich offenbar auch am 25. Juli 1922, als er im Böttcherschen Gasthof am Bahnhof saß und, wie er sich vor Gericht ausdrückte, in feuchtfröhlicher Stimmung vor etwa 15 bis 20 Personen Gemeindeangelegenheiten kritisierte, dabei aber über das erlaubte Maß weit hinausging. Da nannte er die Ammendorfer Gemeindeverwaltung eine Schieberbande, behauptete, einer schiebe mehr als der andere, der Amtsvorsteher habe ein Strafmandat unterschlagen, der Brotmarkenverwalter gebe für ein Glas Bier eine ganze Handvoll Brotmarken weg, der Schulleiter sei ein Klapsmann und könne nur Hammel unterrichten, ja, er scheute sich nicht, die sittliche Ehre einer Lehrerin durch eine Behauptung anzugreifen. Einem Gemeindevertreter, Töpfermeister Rämer, war das natürlich sehr peinlich; er wollte die Sache deshalb ins ruhige Fahrwasser lenken, indem er zu Ulrich warnend sagte, daß er betrunken sei, und einen Betrunkenen nehme man nicht ernst. Da behauptete er aber, wie das immer Betrunkene von sich behaupten, daß er nicht betrunken sei; er halte das, was er gesagt, voll und ganz aufrecht. So gab man ihm denn Gelegenheit, seine Behauptungen vor Gericht zu beweisen. Damit war es aber recht fatal bestellt. Zunächst daß er die Erklärung ab, daß er von der KPD. über USPD. und SPD. ins „unpolitische" Lager hinübergewechselt sei. Würde das nicht geschehen sein, so würde man ihn auch nicht auf die Anklagebank gebracht haben. Er vergaß aber dabei ganz, daß der Schulleiter und die Lehrerin diesen Parteien gar nicht angehören. Er gab auch ganz klein bei, denn er sagte, wenn er in der Stimmung zuviel gesagt habe, nehme er das reuevoll zurück. Er habe nicht beleidigen, sondern nur kritisieren wollen. Er hatte nur das mit den Brotmarken aufrecht. Dabei habe er aber nicht an den Markenverwalter, der er gar nicht genannt, gedacht, sondern nur an Privatpersonen gedacht. Nach der Beweisaufnahme wurde er im vollen Umfange der Anklage für schuldig befunden und zu einer **Geldstrafe von 50 000 Mk. verurteilt.** Das Urteil soll auf Kosten des Angeklagten im „Volksblatt", im „Klassenkampf" und in den „Hallischen Nachrichten" bekanntgegeben werden.

Heute geht jede und jeder in die Volkspark-Versammlung.

Spätinghof.

45 Roman von K. v. d. Eider.

„Ach was, recht! Wäre ich zu Hause geblieben! Nachher lernte Miede das Nähen, und da mieteten wir uns diese Wohnung, und es ging alles gut; wir hatten seine Kundschaft und sparten uns ein schönes Geld. Miede nähte fein und ich groß; aber was ich nähte, hielt am längsten. Da muß das dumme Gör den Steuerschreiber kennenlernen. Ich frage Sie, ist es recht, wenn ein Mädchen von vierundzwanzig Jahren noch heiratet?"

„Das schlimmste aber ist, daß sie sich dann noch Kinder anschaffen. Ist das nicht ein Blödsinn?"

„Ja," stimmelte Tine schuldbewußt.

„Die armen kleinen Dinger," seufzte Liese. „Na, wenn ich nicht wäre!"

Eine lange Pause des Schweigens folgte. Im Ofen summte der Kessel; er schien eine eigene besondere Melodie zu haben. Es klang heimlich und traut.

„Wo sind Sie denn eigentlich her?" polterte Liese nach einer Weile heraus.

„Aus der Marsch," sagte Tine.

„Kenn ich. Das heißt, ich habe einen Bruder dort wohnen. Dithmarschen heißt es aber."

„Das ist nicht die richtige Marsch," sagte Tine.

„Dann ist es die verkehrte," entgegnete Liese. „Es gibt ja genug Verkehrtes auf der Welt. Mein Bruder war Uhrmacher, aber seine eigene Uhr ging immer falsch. Er hatte ein gutes Herz, aber er nahm sich eine Frau, die nichts taugte. Ist das richtig oder verkehrt?"

„Verkehrt," murmelte Tine.

„Er war ein Stadtmensch von innen und außen. Sein Kopf war gerade wie eine Uhr, und was er sagte, hatte Sinn und Verstand. Er sprach Hochdeutsch und Französisch dazwischen und konnte mit den vornehmsten Leuten reden, ohne zu verbleistern. Anstatt sich man sein Brot in der Stadt zu suchen, ist er aufs Land gegangen unter die Bauern. Da hat er sich in einem Dithmarschen Bauernderfe ein kleines Haus gekauft. Von vorne hatte es die Aussicht auf die Straße, auf die Kinder, die im Rinnstein spielten, und auf den Schusterladen gegenüber, vor dem ein paar riesengroße Stiefel herabhingen. Von hinten aber sah es hinaus nach dem Garten, und hinter dem Garten war eine kleine Koppel, wo die Ziege graste, und dahinter war ein See, der hieß der Mühlenteich. Ja, das war wohl schön, aber denken Sie, daß ich mehr als einmal bei ihm gewesen bin?"

„Nein," beteuerte Tine ernsthaft.

Liese seufzte. „Na, wegen der Frau nicht; die konnte ich nun einmal nicht vertragen. Die putzte sich am hellichten Tage mit Schleifen und Krimskrams und war mehr auf der Straße als sonstwo. Schreiben tun wir uns auch nicht, und so hören wir nichts mehr voneinander. Sie haben auch wohl nie etwas gehört von Uhrmacher Petersen in Hellingstedt?"

„Nein, niemals," entgegnete Tine mit heimlichem Bedauern.

„Denkt ich mir schon, aber wenn Sie vom Lande sind, was wollen Sie denn hier in der Stadt? Blühen Ihnen da draußen die Blumen nicht schön genug, aber singen die Vögel zu laut?"

„Nein," sagte Tine mit Tränen in den Augen.

„Deern, Deern, was bist du dumm, da du von Hause fortgegangen bist!"

Erstaunt blickte Tine auf. Wie kam die Alte dazu, sie so zu schelten, als wäre sie ein unartiges Kind. Da sah sie, wie die hellen Tränen dem alten Fräulein über die runzligen Wangen rannen, und da begriff sie, daß hinter der groben Schale ein warmes, liebevolles Herz wohnte, das sich in der großen Stadt unglücklich und unbefriedigt fühlte, das sich in Sehnsucht nach der Heimat verzehrte.

Der Teekessel im Ofen sang nicht mehr. Das Wasser fing an zu prusten und zu zischen, es hob den Deckel hoch, daß er zitterte. Liese Petersen goß den Tee auf und stellte das einfache Abendbrot auf den Tisch. Dies bestand aus Schwarzbrot, Rundstücken und Butter.

Nun saßen die beiden Frauen zum erstenmal zusammen und tranken dünnen Tee mit Milch und Zucker.

Als Tine, nachdem sie ein Rundstück gegessen hatte, ihren Teller zurückschob, erhob Liese Einspruch. „Wenn Sie nicht essen wollen, können Sie sich man gleich begraben lassen," sagte sie, „oder sind Sie an etwas Besseres gewöhnt?"

Da griff Tine herzhaft nach einer Schnitte Schwarzbrot und fing schmeckte ihr.

Liese schenkte noch einmal die Tasse voll und dabei sah sie auf die blanke dunkelbraune Teekanne und überlegte, was wohl brauner und blanker wäre, ihre Kanne oder Tines Augen.

Tine fand sich, trotz ihrer schwerfälligen Naturanlage, merkwürdig rasch in die Launen und Wunderlichkeiten ihrer Wirtin, sie hatten trotz ihres so verschiedenen Aeußeren vieles gemeinsam. Sie besaßen beide ein weiches, warmes Herz, das sie nicht zu zeigen wagten, sie fühlten beide das Heimweh nach dem Lande, nach der stillen, freien Natur.

Gerade das Wunderliche und Sonderbare in Liese Petersens Wesen zog Tine unbewußt an. Eine feine gebildete Frau, und wäre sie noch so liebenswürdig und freundlich gewesen, wäre Tine niemals nähergetreten sein. Liese Petersen, die rücksichtslose und doch gutmütige alte Jungfer, wurde mit Tine fertig. Sie befahl und Tine gehorchte. Sie schalt und Tine lächelte dazu. Sie erzählte und Tine hörte zu.

Solch eine stille, aufmerksame Zuhörerin, die auch nicht durch das leiseste Zucken ihrer Mundwinkel verriet, daß sie Liese Petersen nicht einmal ernst nahm, hatte ihr schon lange gefehlt. Ihr gegenüber konnte Liese ihrem Herzen Luft machen, konnte schelten über die schlechte Welt, über die großen Städte und die hohen Häuser; Tine nickte zu allem verständnisvoll.

Morgens half sie bei den häuslichen Arbeiten so gut es ging, nachmittags saß sie mit ihrem Strickstrumpf Liesen gegenüber. Sie saß jetzt fest und sicher auf ihrem Stuhl und hatte sogar ein Kissen hinter ihrem Rücken.

„Ist das Kinderzeug alles in Ordnung?" fragte Liese eines Tages.

„Ja," erwiderte Tine, „ich habe es noch vom letzten Male her."

„Haben Sie denn noch eins?" In Lieses Augen standen lauter Fragezeichen.

„Es ist tot," sagte Tine leise.

„Ach je! Und dann betrinkt sich so'n Kerl von Mann noch und läuft davon und läßt sein armes Weib im Stich. Das ist eine Schlechtigkeit sondersgleichen. — Aber ich habe es immer gesagt: Die Schlechtigkeit der Männer hat die Oberhand in der Welt."

Tine war schon sehr kühn geworden in den paar Wochen. Sie zauste sich auf. „Er war nicht schlecht, er war zu gut," sagte sie; als Liese sie groß ansah, fuhr sie fort: „Ich bin davongelaufen, ich selbst."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219230208-12/fragment/page=0005

Aus der Provinz.

Für die Postbezieher des „Volksblatt"

Liegt unserer heutigen Ausgabe eine Zahlkarte zur Einsendung des Bezugspreises für Monat Februar bzw. des zwischen dem gegenwärtigen und dem bei der Post für diesen Monat noch geltenden Bezugspreises sich ergebenden Differenzbeitrags bei.

Unsere Leser wissen zur Genüge aus den Zeitungsmeldungen, daß der Papierpreis innerhalb der letzten vier Wochen wiederum mehr als verdoppelt wurde und daß in ähnlichem Umfang alle anderen Unkosten gestiegen sind. Die gegenwärtigen Verhältnisse bringen weitere Preissteigerungen insbesondere auch für Kohle, wodurch Zug um Zug auch die Papierpreise und sonstigen Herstellungskosten noch während des Monats Februar wesentlich gesteigert werden.

In Erkenntnis dieser Sachlage werden gewiß alle Postbezieher des „Volksblatt" den angeforderten Differenzbetrag, in dem die jetzigen Preissteigerungen noch gar nicht eingerechnet sind, bald einsenden, damit der Verlag seinen Verpflichtungen nachkommen kann.

Verlag „Volksblatt".

Die Wahlen der Vertreter der Versicherten im Ausschuß der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt.

Die Wahlen der Vertreter der Versicherten als Beisitzer in den Versicherungsämtern, werden, von wenigen Ausnahmen abgesehen, wohl vollzogen sein. Ist auch noch nicht ganz sicher zu übersehen, wie die Wahlen ausgefallen sind, so kann doch mit einem hohen Grade von Wahrscheinlichkeit angenommen werden, daß die Mehrzahl der gewählten Beisitzer ihrer Aufgabe gewachsen sein werden. Die Tätigkeit der Beisitzer in den Versicherungsämtern ist gewiß wichtig, jedoch kommt der Tätigkeit der Vertreter der Versicherten im Ausschuß der Landesversicherungsanstalt erhöhte Bedeutung zu. Diese sind es, die den Milliardenetat einer Versicherungsanstalt zu kontrollieren, die Geschäftsführung überwachen, die Jahresrechnung abzunehmen und die Beisitzer bei den Oberversicherungsämtern zu wählen haben. Gewiß verantwortungsvolle Aufgaben und die Auswahl der Vertreter der Versicherten ist darum auch mit besonderer Sorgfalt erfolgt. Die Orts-, Betriebs- und Landkrankenkassen-Verbände in der Provinz Sachsen und Anhalt haben eine gemeinsame Liste aufgestellt und nahmen an, daß nur eine Wahlvorschlagsliste eingeht und die in derselben Vorgeschlagenen ohne, daß eine Wahl stattfinden brauchte, gewählt wird. In letzter Stunde ist von „christlicher Seite" eine zweite Wahlvorschlagsliste beim Wahlleiter eingereicht worden, so daß man doch die Wahlhandlung vorgenommen werden muß. Was mit der Einreichung einer zweiten Wahlvorschlagsliste erreicht werden soll, ist schwer zu ergründen; denn daß die Ausschußmitglieder in d. Verwaltung der Landesversicherungsanstalt eine besondere christliche Tätigkeit ausüben könnten, ist ganz ausgeschlossen. Die Wahl von christlichen Vertretern ist deshalb Unsinn, die Einreichung eines zweiten Wahlvorschlages bedeutet nur unnütze Zeit- und Geldverschwendung. Die Herren von der christlichen Fakultät beziehen jedoch auf ihren Schein und so muß die Wahl stattfinden. Dieselbe war ursprünglich auf den 4. Februar, dann auf den 11. Februar festgesetzt und soll nun endgültig am 18. März 1923 stattfinden. Anderweitige Benachrichtigungen durch die Versicherungsämter sind zu berichtigen. Näheres über die Ausübung der Wahl, über die auf das einzelne Vorstandsmitglied entfallende Stimmenzahl ist aus der Benachrichtigung des Versicherungsamts zu ersehen, die alle Vorstandsmitglieder der Krankenkassen und die Knappschaftsältesten erhalten haben. Die Wahleinladung ist als Legitimation am Wahltage vorzuzeigen und bis dahin sorgfältig aufzubewahren. Der Wahlvorschlag der Krankenkassenverbände ist allen Vorstandsmitgliedern schon zugegangen, in den Fällen, wo dieses nicht geschehen ist, bitten wir, sich an uns zu wenden. Unsere Ortsausschüsse bitten wir, dafür einzutreten, daß der Wahlvorschlag der Krankenkassenverbände gewählt wird. Für Spielereien, wie es die „christliche Seite" durch Aufstellung einer Sonderliste versucht zu tun, ist kein Platz; dazu ist die Sache für die Versicherten zu ernst und wichtig. Zeigen wir diesen Leuten die nur Vertreter aus Erfurt und dessen nächster Umgebung vorgeschlagen haben, daß sie nicht im trüben fischen können.

Bezirkssekretariat des ADGB. für den Regierungsbezirk Merseburg.

Merseburg. Stadtverordnetensitzung. Die am letzten Montag stattgefundene Sitzung unserer Stadtväter wies 18 Punkte auf. Acht davon gehörten dem Steuerproblem direkt an. Es wurden bewilligt: Nachträge zur Hundesteuer (nach der Vorlagen-Verordnung), Ankündigungssteuerverordnung, Vergnügungssteuerverordnung, Hausangestelltenverordnung (Vorläufige Verordnung) und Erhebung eines 7. und 8. Steuerzuschlages zur Betriebs- und Gewerbesteuer. Bei der Vorlage einer neuen Gewerbesteuerordnung erklärte Stadtverordneter Frauenheim (Dem.), sie sei eine Schröpfung der Gewerbetreibenden. Früher seien 1500 Mk. steuerfrei gewesen (das sind heute 1½ Millionen), und jetzt (1922) sollen es nur 40 000 Mk. werden. Darauf ließ sich der Stadtv. Koenen (Komm.) erweichen, das steuerfreie Einkommen auf 80 000 Mk. zu erhöhen. Sonst erklärte er, daß sie prinzipiell gegen die Gewerbesteuer seien. Stadtv. Krüger (Soz.) versuchte ihn zu überzeugen, daß bei der Umsatzsteuer von einer direkten Abwälzung gesprochen werden könne, bei der Gewerbesteuer wäre das doch nicht so ohne weiteres der Fall. Dazu käme die trostlose Lage der Stadt. Wenn die Handwerkskammer selbst vorschlägt, das steuerfreie Einkommen bei 50 000 Mk. festzusetzen, so sollten wir nicht päpstlicher sein als der Papst. Gegen die äußerste Linke wurde die Gewerbesteuerordnung angenommen. Magistrat und Stadtverordnete brachten zum Ausdruck, daß die Vorlage dem Ideal nahe sei. Möge der Beschluß sich finanziell auswirken, denn die Lage der Stadt ist sehr bedenklich. Nach dem Bericht des Oberbürgermeisters ein ungedeckter Fehlbetrag von 24 Millionen und woher die Mittel für die kommenden Tage nehmen? Bei der Forderung des Magistrats, nun statt 1 Million 5 Millionen Mark für Kanalbenutzungsgebühren zu bekommen, lehnten unsere Genossen die Nachumlage ab. Stadtv. Dantel (Soz.) begründete das mit den an sich schon hohen Lasten, die die Mieter jetzt zu tragen haben. Unser Antrag ging durch. Stadtv. Koenen (Komm.) stimmte gegen unseren Antrag mit den Bürgerlichen zusammen. Ob das aus Versehen geschah? Bei der Forderung „Erhöhung der Mieten in den Notwohnungen in den Baracken und in der Fischerstraße auf 30 Mk. je Quadratmeter" beantragten unsere Genossen 15 Mk. für die Barackenwohnungen. Hier stimmte Stadtv. Koenen mit den Bürgerlichen. Unser Antrag fiel mit einer Stimme Mehrheit. Ferner wurden zum Reichsstädtebundtag in Halle Genosse Daniel und Stadtverordneterinnen Junker (Dem.) gewählt. Für das Jugendheim „Herzog Christian" wurden 25 000 Mk. bewilligt. Die Zuwachssteuer (175 520 Mk.) soll dem Christianen-Waisenhaus zurückerstattet werden. Die Stiftung des Stadtrats Tänzer ist auf 200 000 Mk. erhöht und von den Stadtverordneten mit Dank angenommen worden. In den Verwaltungsrat der Schildt-Wolffersdorffschen Stiftung wurden die Stadtvv. Klose (Soz.) und Bothe (Dn.) gewählt. Bei der Umänderung der Lieferungsbedingungen für Elektrizität, Gas und Wasser kam es zu einem Geplänkel der Stadtverordneten mit dem Oberbürgermeister. Erfolg: Die Sache geht an den Ausschuß. Zum Schluß gab der Vorsitzende Kenntnis, daß Merseburg im Ministerium von der Liste der Bewerber für eine Aufbauschule gestrichen ist. Daran schloß sich eine geheime Sitzung. Die Portowährung, so in Merseburg genannt, nimmt als Einheit das jeweilige Porto für einen einfachen Fernbrief an. Wir werden wohl die Forderung stellen müssen, daß ein Kursus abgehalten wird über die verschiedenen Währungen in Deutschland.

— Achtung, Baudelegierte! Die Lohnkarten über die Februarlöhne können ab Donnerstag im Bureau abgeholt werden.

— Die Auszahlung der Notstandsunterstützung für Sozialrentner für Monat Februar 1923 erfolgt am Freitag, dem 9. Februar und am Sonnabend, dem 10. Februar, in der Kämmereikasse.

— Ausgabe von Säuglingszucker vom 8. Februar bis einschl. 20. Februar 1923 in allen hiesigen „Edeka"-Geschäften auf Abschnitt 2 der Säuglingszuckerkarte. 3 Pfund Zucker zum Preise von 360 Mk. für das Pfund. Die „Edeka"-Geschäfte sind durch Auslagesschild im Schaufenster usw. von außen kenntlich. Der Bezugsberechtigte hat die ganze Säuglingszuckerkarte vorzulegen. Der Verkäufer hat den Abschnitt 2 von der Stammkarte eigenhändig abzutrennen. Etwa der Verkaufsstelle lose vorgelegte Markenabschnitte sind ungültig und dürfen nicht beliefert werden. Säuglingszucker, der bis 20. Februar 1923 nicht beliefert ist, ist verfallen. Spätere Nachlieferung auf Abschnitt 1 und 2 erfolgt nicht.

Zörbig. Sonderbare Vergeßlichkeit. In seiner Sitzung vom 22. Januar beschloß der hiesige Magistrat, den proletarischen Freidenkern die Turnhalle zur Abhaltung einer öffentlichen Versammlung zu überlassen. Die Freidenker gaben sofort, da die Zeit drängte, die üblichen Inserate auf, verteilten Plakate und sagt darauf gerufte der Herr Bürgermeister mitzuteilen, daß die Turnhalle ihnen nicht überlassen werden kann, da sie „bereits seit längerer Zeit vergeben ist". Was sagen die übrigen Magistratsmitglieder zu einer derartigen Ausführung ihrer Beschlüsse? — Natürlich hat der Herr Bürgermeister nur vergessen, auf diese bereits seit längerer Zeit erfolgte Vergebung hinzuweisen. Wie bekannt, hielten aber unsere Freidenker trotzdem, gestützt auf den Magistratsbeschluß, ihre Versammlung in der Turnhalle ab. — In eben dieser Versammlung gaben die Freidenker zwei Inserate im „Zörbiger Boten" in Auftrag. Das erste erschien zwei Tage vor der Versammlung, das zweite wurde vom Herrn Redakteur und gleichzeitigen Inseraten-Chef — vergessen. Sonderbar; der Mann hat die Groschen des Proletariats offenbar nicht nötig. Merkt Euch das, Genossen! Aber weiter: Zu einem Lichtbildervortrag in der Woche darauf wurden abermals zwei Inserate an das Blättchen aufgegeben und diesmal hat der Herr Redakteur — beide vergessen, nein, er hat sie natürlich gar nicht erhalten. Trotzdem verfehlt unser Bote mit aller Bestimmtheit, den schriftlichen Inseratenauftrag dem Redakteur persönlich übergeben zu haben. — Freidenker-Genossen, unsere Bewegung soll offenbar hier am Orte sabotiert werden. Darum schließt Euch erst recht noch fester zusammen und stärkt die Ortsgruppe durch Euren Beitritt! In Zukunft wird im Zörbiger Winkelblättchen kein Inserat mehr aufgegeben. Die Bekanntmachung erfolgt lediglich im „Volksblatt", durch Plakate und durch Ausklingeln.

Verantwortliche Redakteure: Für Politik und Wirtschaft: F. O. H. Schulz; für Halle und Saalkreis sowie für Gewerkschaftliches: Gottlieb Kasparek; für den provinziellen Teil: Karl Garbe; für das Feuilleton: Hermann Lange; für den Anzeigenteil: Wilh. Herzig. Verlag: Volksblatt G. m. b. H. Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei, e. G. m. b. H. Halle/Saale, Harz 42/44.

Dixin das dankbare Seifenpulver
ist sparsam im Gebrauch und billig.
ALLEINIGE HERSTELLER:
HENKEL & Cie., DÜSSELDORF
2718

Verschenken
können auch wir nichts, aber wir bieten unserer werten Kundschaft, solange das alte Lager reicht, noch zu den altbekannt billigen Preisen an:
Pilot-, Manchester-, Zwirn-, Buckskin-, feldgraue und bedruckte Drellhosen .·. Monteur-Anzüge .·. Warme Winterjoppen .·. Leinene Joppen .·. Schlosser- und alle Sort. Barchenthemden .·. Sämtl. Herren-Trikot-Unterzeug .·. Knaben-Anzüge in Woll- und Waschstoffen von 8 bis 18 Jahre .·. Weiße Kinder-Unterkleidchen für 1 und 2 Jahre .·. Wollene Herrensocken .·. Prima seidene Damenstrümpfe, schwarz und farbig .·. Unterröcke in Barchent- und Waschstoffen .·. Wirtschafts-, — Scheuerschürzen usw. —
Wir gewähren am Freitag, Sonnabend, Montag, Dienstag trotz uns. billigen Preise noch 5 Prozent Rabatt
2874
Textil-Handels-Gesellsch. m. b. H. vormals Reinke
Leipziger Str. 55¹, am Riebeckplatz.

Unsere Leser werden hierdurch gebeten, bei ihren Einkäufen u. beim Besuche v. Veranstaltungen nur die Inserenten unserer Zeitung zu berücksichtigen

Volksblatt-Buchhandlung
Bilderbücher
Jugendschriften
Märchenbücher
Textbücher zu den Aufführungen im Stadttheater halten wir stets vorrätig
Volksblattbuchhandlung der Vereinigten Sozialdemokr. Partei Halle (Saale), Gr. Ulrichstr. 27

Viel Kopfzerbrechen
macht jetzt den Hausfrauen der Einkauf von
Butter u. Margarine!
Ihre Sorgen sind Sie los, wenn Sie Ihre
Haushalt-Lumpen, Knochen, Papier, Bücher, Zeitungen, Eisen usw.
2879
in kleinen u. großen Mengen an uns verkaufen.
Übernehme ganze Abbrüche zu kulantest. Bedingungen.
Paul Theuring
Rohprodukten-Gesellschaft m. b. H.
Nur Triftstraße 24 | Augustastr. 17 (Hof)
Gr. Brunnenstr. 61 | Breite Straße 34
Fernsprecher Nummer 5659 und 4363.

Gold-, Silber-Bruch
kauft zum Börsenpreise 2882
Theo Dettmeyer,
Gelützstr. 15, im Hause der Adlerapotheke, Eingang Breite Straße (Zigarrenladen).

Vogel's Einkaufs-Zentrale
Landwehrstr. 29 (1 Min. v. Bahnhof)
kauft zu reellen Tagespreisen 2881
Felle, Wolle, Säcke und Roßhaare.
Tausche Wolle gegen Strickwolle.

Altmetalle!
Stanniol : Zinn :
kaufen laufend
Gebr. Plato,
Metallwaren-Fabr.
Gr. Brauhausstraße 29

Häute u. Felle
kauft zu besten Preisen
Gerberei Merseburg
Fischerstraße 3

Werbt neue Leser!

= Herr sucht = per sofort oder später
möbl. Zimmer.
Off. u. V. 505 a. d. Ztg.

Das wichtigste Buch
für jeden Arbeitnehmer u. Betriebsrat ist immer noch das
Betriebsrätegesetz!
Der beste und ausgezeichneste Kommentar,
herausgegeben von Dr. Georg Flatow
kostet 2800 Mk
Wir sind in Lage, denselben zum ermäßigten Preise von 1500 Mk. abzugeben.
(Portofreie Zusendung zugesichert)
Volksblatt-Buchhandlung
nur Gr. Ulrichstr. 27

Kaufe
guterhalt. Damen- und Herrengard., Wäsche, Leihscheine, Teppiche, zu angenehm. Preis.
Hirsch, Brüderstr. 8

Paul Krause
Fahrräder 2817
Reparaturwerkst.
Kl. Ulrichstr. 18 a.

Getragene und neue Herren-Garderobe u. jede Wertsache kauft zu angemess. Preisen
Hammer, Rathhausstr. 17, II. 1.

Viel Geld!
ersparen Sie an Schuh, wenn Sie
Nigrin
gebrauchen. 2852

Amtliche Bekanntmachungen

Halle

Die Versteigerung der Pfänder mit den Pfandnummern von 16 801 bis 23 847 (Pfandscheine in gelbem Druck) wird am 8. März 1923, von 9 Uhr vormittags an, im Leihhause, An der Marienkirche 4, stattfinden.

Versteigert werden Taschenuhren aller Art, sonstige Gold- und Silbergegenstände, ferner Betten, Leib- und Bettwäsche, Schuhwerk, neue und getragene Kleidungsstücke und verschiedene andere Sachen.

Halle, den 8. Februar 1923. 2864

Das Leihamt der Stadt Halle.

Vergebung der Malerarbeiten

für die Kleinwohnungen an der Merseburger Straße am 13. Februar 1923, vorm. 10 Uhr, im städtischen Hochbauamt, Rathausstr. 6, Zimmer 106. Verdingungsunterlagen ebenda von 9 bis 12 Uhr im Zimmer 125 für 50 Mk. das Stück erhältlich. (2880

Halle, 7. Februar 1923. Städtisches Hochbauamt.

Roßbach

Brotmarkenausgabe

Freitag, den 9. Februar 1923, vorm. 9 bis 11 Uhr, im Gemeindeamt. Pünktliche Abholung erforderlich. (2871

Roßbach, 6. Februar 1923. Der Gemeindevorsteher.

Alle Steuermarkenblätter aus 1922 sind im Gemeindeamt umgehend abzuliefern. (2879

Roßbach, 6. Februar 1923. Die Hilfskinanzkasse.

Die Entrichtung der fälligen Gemeindesteuern, Brandkassen- usw. Beiträge, Ackerpächte hat in der Zeit vom 10. bis 24. Februar 1923 zu erfolgen. (2873

Roßbach, 6. Februar 1923. Die Gemeindekasse.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192302 08-12/fragment/page=0006